Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
16 (1902)

31 (6.2.1902)

urn:nbn:de:gbv:45:1-309183

Visual Library

191

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werkthätigen Volkes. Nebst der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5596), vierteljährlich 2,25 Mk., für 2 Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., inkl. Bestellgeld.

Redaktion und Expedition: Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 82. Telephon-Anschluß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgespaltene Corpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition oder in Buddenbergs Buchhandlung (Ecke Theilen- und Mitscherlichstraße) aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 31. Bant, Donnerstag den 6. Februar 1902. 16. Jahrgang.

Das Zoll-Chaos.

Die offiziöse Erklärung über die ernstliche Gefährdung des Zolltarifes durch die agrarischen Forderungen hat die bisherige Zollwirrniß kaum erheblich geklärt. Gerade die Presse derjenigen Parteien, für welche die Regierungserklärung bestimmt war, verharrt entweder in rathlosem Schweigen oder sucht eine Ausflucht in ausweichender Beantwortung.

Die „Kreuz-Zeitung“ druckte am Sonntag die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ ab, ohne ein Wort dazu zu finden. Auch im Abendblatt vom Montag weiß die Redaktion des Blattes noch nicht, was sie sagen soll, um nicht ihre Partei vorzeitig zu binden. Desgleichen existirt für die „Konservative Korrespondenz“, das offizielle Parteiblatt der Konservativen, die Regierungsnote noch nicht. Die konservative Partei will sich also gründlich überlegen, ob sie ihre bisherige Taktik des Ueberforderns beibehalten oder den Mahnungen der Regierung gehorchen will. Leicht ist den Herren Junkern diese Entscheidung nicht. Verbleiben sie bei den Forderungen, die sie bisher erhoben haben, so entsteht die Gefahr, daß für die wichtigsten Tarifpositionen schon in der Zollkommission überhaupt keine Mehrheit zu Stande kommt und am konservativen Widerstand das große Wucherwerk scheitert. Bescheiden sich die Konservativen mit der Regierungsvorlage, so verrathen sie gerade diejenigen Forderungen, deren Nothwendigkeit sie der Landwirthschaft als auf wissenschaftlichen Berechnungen beruhend und als unbedingt erforderlich, wenn die Landwirthschaft nicht völlig zu Grunde gehen soll, in lautester Agitation vorgekäuscht haben. Eine schwere Entscheidung!

Nur die „Deutsche Tageszeitung“ ist schnell fertig mit ihrem Urtheil. Wäre das Bündlerblatt die konservative Partei, so wäre die „ernstliche Gefährdung“ der Zollvorlage fast besiegelt. Zwar erachtet die „Deutsche Tageszeitung“ die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ noch nicht als hinreichende Klärung und wünscht statt der Ankündigung ernstlicher Gefährdung eine noch prägnantere Stellungnahme der Regierung. Aber sie lehnt den Verzicht auf ihre weitergehenden Bedingungen unzweideutig ab; sie sagt:

„Wenn die verbündeten Regierungen jetzt schon entschlossen sind, über die Getreideminderzölle unter keinen Umständen hinauszugehen, die anderen landwirthschaftlichen Zölle nicht zu binden und so maßvolle Anträge wie den über die Ursprungsatteste abzulehnen, so haben wir an der weiteren Berathung des ganzen Zolltarifes und der Zolltarifgesetze kein erhebliches Interesse, dann möge man Mittel und Wege suchen, um die unnütze Zeitvergeudung zu verhindern. Auf den Boden des Regierungsentwurfs können sich die Vertreter der Landwirthschaft nicht stellen. Sie müssen darauf bestehen, daß die Getreidezollsätze erhöht, die Zölle für andere landwirthschaftliche Erzeugnisse gebunden werden. An dem Zustandekommen der Vorlage ohne diese Zugeständnisse ist, wie wir die Stimmung und Sachlage überschauen, nicht zu denken.“

Weiter mahnt das Bündlerblatt die Zollkommission des Reichstags, trotz der Regierungserklärung die agrarischen Ueberforderungen zu beschließen. Dann, so hofft es, werden die verbündeten Regierungen sich die Sache doch nochmals „reiflich überlegen“. Das Organ des Bundes der Landwirthe schließt dann seinen Artikel mit einer erregten Verurtheilung der Regierungsvorlage, die „keine Hilfe für die Landwirthschaft, sondern allerhöchstens eine Scheinhilfe und ein Almosen“ bedeute. In ihrem Montagsabendblatt erhebt dann die „Deutsche Tages-Zeitung“ scharfmacherisch Klage wider die gegenüber der Sozialdemokratie „nervenschwache und energielose“ Regierung, welche Nervenstärke und Energie nur zeige, „gegen diejenigen, welche den Zolltarif so gestalten wollen, daß er der nationalen Arbeit wirklich gute Dienste leistet“.

Wird sich nun die konservative Partei dieser bündlerischen Losung unterwerfen? Oder wird sie, wie beim Fleischbeschau-Gesetz, den Bündlern das Geschäft des Lärmens und der agitatorischen Demagogie überlassen und in ihrer Mehrheit den staatsmännischen Kompromiß mit der Regierung suchen? Das Wahrscheinliche ist, daß die Konservativen auch in dem durch die Regierungserklärung beengten Spielraum eine agrarische Emporschraubung der Zölle weiter betreiben werden. Sie werden sich weder zu einem unbedingten Ja noch zu einem unbedingten Nein entschließen. Sie werden wie die Löwen und bis zum Aeußersten um die Verstärkung des Wuchers kämpfen. Sie werden schreien und toben und mit dem Ende des Monarchismus auf dem Lande drohen, wie soeben die „Schles. Ztg.“ Aber sie werden sich hundertmal überlegen, den großen Wucherraub fahren zu lassen, weil ihnen nicht alle Zollkriegsträume sich erfüllen.

Auch das Zentrum hat sich zur abwartenden Haltung entschlossen und weicht scheu der klaren Beantwortung der Regierungsnote aus. Die Zolltaktik des Zentrums ist ja diktirt von der blassen Furcht vor dem Einbruch des Bundes der Landwirthe in seine Gebiete. Das Zentrum hat bei seinen Zollforderungen kein gutes Gewissen vor seinem Arbeitergesolge und wenigstens ein sehr erheblicher Theil seiner Abgeordneten wäre gut und gern zufrieden, wenn es bei der Regierungsvorlage verbliebe. Nur die Angst, daß dann die Bündler sich auf die ländlichen Zentrumswähler stürzen und dem Zentrum die Schuld an der Nichterfüllung noch höherer Zollsätze zuweisen, zwingt das Zentrum, den Mahnungen der Regierung nicht ohne weiteres zu folgen, sondern sondern die Hoffnung eines weiteren agrarischen Ausbaues der Vorlage zur Schau zu tragen.

Die „Germania“ legt den ganzen Ton ihrer Betrachtungen darauf, daß die offiziöse Erklärung „noch kein unbedingtes Unannehmbar“ enthält, „sondern noch, wenn auch nur in engeren Grenzen, dem Kompromisse zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit Raum läßt, der eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle erstrebt.“ Ja, das Zentrumsblatt, wendet sich entrüstet gegen die bündlerische Unterschiebung, „daß die Regierungen schon jetzt entschlossen seien, über die Getreideminderzölle unter keinen Umständen hinauszugehen“. Vielmehr sei es nun die Aufgabe des Bundes der Landwirthe, endlich klare und bindende Antwort zu geben, ob er nunmehr zu einem Kompromiß geneigt ist und „wie weit er eventuell von seiner ursprünglichen Forderung (nämlich dem 7,50 Mk. Mindestzoll für die vier Getreide-Arten) herunterzugehen gewilligt ist?“

Es sei noch verzeichnet, daß die eigentlichen Blätter der Sammelpolitik, wie die „Post“ und die nationalliberale Presse, dringend auffordern zur Einigung aller Zöllnerparteien auf die Regierungsvorlage.

So hat die Regierungserklärung das chaotische Durcheinander der streitenden Zollparteien kaum erheblich entwirrt. Die unsägliche Gier des Brodwuchers will sich nicht genügen lassen an den reichlichen Bissen der Regierungsvorlage. Das niedrige Ränkespiel der gegenseitigen politischen Uebervortheilung unter den Zollparteien ergänzt würdig die gemeine Sucht nach vermehrtem Ausmaß der Volksausbeutung.

Die Zollopposition — die nicht von dem Verwüstniß ihrer Gegner, sondern aus der eignen Kraft ihren Erfolg erwartet! — darf mit Genugthuung die politische und moralische Verwahrlosung feststellen, der die Wucherparteien im innern Streit um die Beute von Tag zu Tag mehr verfallen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichstag rückte am Mittwoch in der 2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern um 3 Kapitel vor. Beim statistischen Amt wurde die neugeschaffene Abtheilung für Arbeiterstatistik, die an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten soll, ausführlich erörtert. Graf Posadowsky wiederholte seine Erklärungen aus der Kommission, wonach die neue Behörde dieselben Rechte wie die Kommission für Arbeiterstatistik haben soll, selbständig gesetzgeberische Vorschläge machen und Arbeiter und Unternehmer in bestimmten Fällen als Sachverständige hinzuziehen kann. Genosse Bebel bezeichnete die neue Einrichtung als einen Fortschritt auf dem Wege zu einem selbstständigen Reichsarbeitsamt. Beim Patentamt wurde neben Beschwerden gegen die bureaukratische Führung der Geschäfte durch den Präsidenten des Patentamts hauptsächlich das schweizerische Patentgesetz erörtert. Es läßt für In- und Ausländer Patente nur für solche Erfindungen zu, für die ein Modell geliefert wird. Chemische Konkurrenzfabriken an der Grenze sollen sich diese Bestimmung durch Nachahmung deutscher Patente nutzbar machen. Von schutzzöllnerischer Seite wurden scharfe Maßregeln gegen die Schweiz vorgeschlagen, um sie zu zwingen, ein anderes Patentgesetz zu erlassen. Graf Posadowsky erklärte, daß bei dem nächsten Handelsvertrag mit der Schweiz eine solche Forderung erhoben werden würde. Zu den Schutzzöllnern gesellte sich merkwürdigerweise auch der freisinnige Abgeordnete Müller-Meiningen. Genosse Stadthagen wies die Absicht, die Rechte eines autonomen Staates zu schmälern, entschieden zurück und betonte, daß der Erfinder den geringsten Nutzen von seiner Erfindung hätte, deren Ausbeutung in die Hand kapitalkräftiger Fabrikanten übergehe. An dritter Stelle kam das Reichsversicherungsamt zur Verhandlung. Hier ging Stadthagen in einer großen Rede energisch gegen die Uebelstände auf dem Gebiete der Unfallversicherung vor. Er tadelte die hohen Gehälter der Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften, das System der Vertrauensärzte mit den Unbilligkeiten für die Arbeiter, stellte fest, daß die Lasten der Unternehmer durch die Unfallversicherung sich nur auf $^{1}/_{10}$ Pfg. pro Kopf und Arbeiter in der Industrie und $^{2}/_{10}$ Pfg. in der Landwirthschaft beliefen und forderte volle Entschädigung der Unfälle und Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung. Graf Posadowsky versprach nähere Untersuchung über den Fall des famosen Vertrauensarztes Blasius. — Heute wird die Berathung des Etats des Reichsmarineamts angefangen.

Im **preußischen Abgeordnetenhause** ist man endlich aus dem Jammer der nothleidenden Landwirthe heraus und beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der bekannte konservative Baumeister Felisch verlangte für die Baugewerbeschulen mehr praktische als akademisch gebildete Lehrer. Heute sei es umgekehrt der Fall. In seiner Antwort auf die verschiedenen Wünsche theilte der Handelsminister Möller mit, daß, wenn man dazu einmal Geld habe, niedere Fachschulen errichtet werden sollen. An die Maschinenbauschulen sollen Monteurschulen angegliedert werden. Einige Zentrumsleute bemängelten, daß die Königl. Porzellan-Manufaktur der neuen Kunstrichtung huldige. Diese fand in dem Volksparteilei Kindler einen Vertheidiger. Beim Titel „Ministergehalt“ legte der Abg. Felisch einen Antrag vor, worin von der Regierung ein Gesetz gefordert wird, das den Handwerkern, die keine Meisterprüfung bestanden haben, das Halten von Lehrlingen verbietet. Abg. Hitze beantragte dazu den Befähigungsnachweis für Bauunternehmer.

Die **Zolltarif-Kommission** beschäftigte sich am Dienstag immer noch mit den Einführungsscheinen und der Aufhebung der Transitläger. Der Agrarier Graf Schwerin-Löwitz beantragte die bei den Einfuhrscheinen nach der Vorlage auf 6 Monate bemessene Frist, innerhalb welcher eine dem Zollwerth entsprechende Menge Getreide ohne Zollentrichtung eingeführt werden kann, zu streichen und die gemischten Transitläger zu beseitigen. Dagegen sollen die Bestimmungen über reine Transitläger so erweitert werden, daß von den Transitlägern in den deutschen Seeplätzen die Verschiffung von Getreide auf dem Seewege nach dem Inlande möglich ist. Am wirksamsten sprach gegen den Antrag Schwerin und die Beseitigung der Transitläger überhaupt der Abg. Dreesbach. Er wies nach, daß die Transitläger auf die Preisbildung überhaupt keinen Einfluß haben, daß man aber den Getreidehandel in Mannheim vernichte und nach dem Ausland jage. Man würde zahlreiche Arbeiter brodlos machen und ein Zwanzigstel der Einkommensteuer in Mannheim wegnehmen. Dreesbach stellte fest, daß die Zentrumsvertreter Müller-Fulda und Speck, die den Antrag Schwerin unterstützt, früher anderer Meinung gewesen seien. Dreesbachs Angaben wurden von den Bundesrathsbevollmächtigten Leidecker und Jagemann als völlig zutreffend bezeichnet. Der badische Bevollmächtigte Jagemann sagte: Mit fünf Sechstel dessen, was Dreesbach gesagt habe, stimme er überein. Er weiche nur insoweit von jenem ab, als die Regierung der Landwirthschaft helfen wolle, soweit das geht, ohne die Allgemeinheit zu schädigen. Ebenso wenig wie der Handel der Landwirthschaft Rezepte schreiben könne, könne es diese für jene thun. Die Staatsverwaltung habe ein großes Interesse an großen Getreidevorräthen im Inlande. Der Abg. Fischbeck konnte den Agrariern nachweisen, daß selbst Graf Kanitz gegen die Beseitigung der Transitläger gewesen sei. Der famose Paasche bekämpfte zuerst die Transitläger, erklärte sich aber schließlich „aus politischen Gründen“ für die Regierungsvorlage.

Eine agrarische Kapuzinerpredigt. Der preußische Landwirthschaftsminister v. Podbielski hat bei der Eröffnung des Landesökonomiekollegiums eine Rede gehalten, in welcher er, wider seine Absicht wahrscheinlich, den Agrariern ihre Sünden vorgehalten, wobei er seine Worte allerdings in liebenswürdigere Formen kleidete, als der Kapuziner aus „Wallensteins Lager“. Er sagte den Agrariern, sie sollten sich nicht so sehr auf die Zölle verlassen, denn auf die Dauer könne der Zoll die Landwirthschaft nicht halten. Er stehe und falle zwar mit dem Zolltarif; aber er sehe nur darin einen Nutzen, wenn die Landwirthe unter der für sie günstigen Wirkung der Zollpolitik ihre Betriebe rational einrichten. Das sei bisher nicht geschehen. Erst müßten Eisenbahnen und Chausseen (Kanäle?) gebaut werden, um dem Landmann die Möglichkeit zu geben, seine Produkte schnell abzusetzen. Auch das Verhältniß der Grundherren zu den Arbeitern berührte er. Man müsse im Osten die kleinen Leute seßhaft machen, die alte Form tauge aber nichts mehr. Die Arbeiter wollten frei arbeiten und nicht mehr auf Jahreskontrakte. Dafür müsse eine passende Form gefunden werden. — Es ist ein Kunststück, die Wünsche der Landarbeiter mit den Anschauungen und Grundsätzen der feudalen Junker zu vereinbaren. Herr v. Podbielski will die Form auch erst noch suchen. Von einem preußischen Landwirthschaftsminister solche Auslassungen zu hören, ist allerdings überraschend. Schade nur ist, daß er nach den dargelegten Ansichten bis jetzt nicht gehandelt hat. Daß er in Zukunft seine Worte zur That machen wird, scheinen die Agrarier nicht zu befürchten, sonst hätten sie ihm nicht frenetischen Beifall gespendet.

Alles oder nichts. Diese Parole giebt das Organ der vereinigten christlichen Bauernvereine, die „Rheinische Volksstimme“, für die Agrarier des Westens aus in Bezug auf die Getreidezölle. Das sonst zentrümische Blatt bemerkt, es werde erstrebt, den westlichen Bauer — soll heißen Agrarier — gegen den östlichen auszuspielen. Diesem Bestreben gegenüber sei darauf hinzuweisen, daß der Westen durchaus nicht hinter den Forderungen des Ostens zurückstehe. Als unbedingt nothwendig erklärt hätten die vereinigten christlichen Bauernvereine Zölle von 7½ Mk. für Roggen und Weizen. An dieser wohlbegründeten Forderung halte man fest, nicht ein Titelchen werde davon preisgegeben. Von den rheinischen Bauern werde der Regierungsentwurf ausnahmslos abgelehnt. In dieser Beziehung seien alle einig in der Meinung: „Besser Freihandel als die Zollvorlage der Regierung!“ — Das ist auch unsere Meinung. Hoffentlich erlahmen die „Bauern“ nicht in dem Kampfe gegen die Regierungsvorlage; an der Sozialdemokratie soll es nicht liegen, daß sie nicht hart unter den Tisch fällt. Je mehr Hilfe wir bei der Bekämpfung des Regierungsentwurfs finden, desto besser.

Die Grenzsperre für Schweine bleibt bestehen. Die Petition des Deutschen Fleischerverbandes um Einfuhr von Schweinen aus dem Auslande nach Schlachthöfen mit direkter Bahnverbindung zur sofortigen Abschlachtung hat, wie die „Deutsche Fleischer-Ztg.“ mittheilt, der Staatssekretär ablehnend beschieden. — Das Fleisch wird also immer theurer. Die Agrarier werden schmunzeln.

In Sachen der angeblichen Aeußerungen des Kaisers über die Duellfrage ist jetzt, wie die „Potsdamer Korrespondenz“ meldet, dem Redakteur Paul Groll, ferner dem Verleger der „Potsdamer Zeitung“, Buchdruckereibesitzer Fritz Stein, und dem stellvertretenden Vorsteher der Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung Geheimen Rechnungsrath Julius Steinbach, die Anklage wegen Beleidigung der Leutnants im 1. Garderegiments z. F. v. Goßler, Sohn des Kriegsministers, und v. Kessel, Sohn des kommandirenden Generals des Gardecorps, zugestellt worden. Die Anklage stützt sich nicht nur auf § 185 des Strafgesetzbuches wegen formeller

Landesbibliothek Oldenburg

Beleidigung der Offiziere, die darin gefunden wird, daß ihnen der Kaiser angeblich ihre Jugend in drastischer Weise vorgeworfen haben sollte, sondern auch auf § 186 des Strafgesetzbuches wegen Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatsachen. Geh. Rechnungsrath Steinbach kommt als Verbreiter der Nachricht insofern in Betracht, als er sie am Biertische erzählt hat, während als Verfasser des inkriminirten Artikels der Verleger Stein in Anspruch genommen wird und der Redakteur Groll damals für den Inhalt der Zeitung verantwortlich zeichnete. Wie verlautet, sollen die Angaben des Artikels auf Verwechslung mit Vorgängen bei einem anderen Garde-Regiment beruhen. Neben dieser Anklage gegen die drei vorgemerkten Personen schwebt noch ein Verfahren vor dem Gericht des Landwehrbezirks Potsdam gegen den früheren Chefredakteur und Mitbesitzer der „Potsdamer Zeitung", Martin Berger, welcher Oberleutnant der Reserve ist und in dessen Abwesenheit von der Redaktion der Artikel vom 9. Dezember v. J. erschien.

Die erneuete Verhandlung im Krosigk-Prozesse vor dem Oberkriegsgericht zu Gumbinnen wird erst Anfang März stattfinden, da noch zahlreiche Zeugenvernehmungen erfolgen sollen. Mit diesen Vernehmungen wird noch in dieser Woche begonnen werden. Marien soll acht Tage vor der neuen Verhandlung von Danzig nach Gumbinnen abgeführt werden.

Ueber die Zulassung zum Studium der Rechte veröffentlichen die preußischen Minister der Justiz und des Unterrichts folgende Bekanntmachung im „Reichsanz.": „1. Die geeignetste Anstalt zur Vorbildung für den juristischen Beruf ist das humanistische Gymnasium. 2. Zu dem Rechtsstudium werden außer den Studirenden, welche das Zeugniß der Reife von einem deutschen humanistischen Gymnasium besitzen, auch solche Studirende zugelassen, welche das Zeugniß der Reife von einem deutschen Realgymnasium oder von einer preußischen Oberrealschule erworben haben. 3. Den Studirenden der beiden letzteren Kategorien sowie denjenigen Gymnasial-Abiturienten, deren Reifezeugniß im Lateinischen nicht mindestens das Prädikat „genügend" aufweist, bleibt es bei eigener Verantwortung überlassen, sich die für ein gründliches Verständniß der Quellen des römischen Rechts erforderlichen sprachlichen und sachlichen Vorkenntnisse anderweit anzueignen. 4. Bei der Einrichtung des juristischen Studiums und der ersten juristischen Prüfung wird Vorkehrung getroffen werden, daß die zu 3 bezeichneten Studirenden sich über die dort gedachten Vorkenntnisse auszuweisen haben."

Eine hübsche Illustration der vielfach auf dem Lande üblichen „Gemeindepolitik", sich in Zukunft drohende Armenlasten vom Halse zu schaffen, lieferte der sozialdemokratische Abg. Ehrhardt in der bayerischen Kammer. Er führte aus: „Ein Arbeiter hatte sich fast sieben Jahre ehrlich in einer Gemeinde ernährt. Da legte ihm der Bürgermeister nahe, er solle auf ein Vierteljahr aus der Gemeinde verziehen und ruhig seinen Hausschlüssel mitnehmen. Er lehnte das ab, weil dazu für ihn keine Nothwendigkeit bestehe. Nun wurde ihm gesagt, er solle sich wenigstens an die Heimathgemeinde um Unterstützung wenden, er sagte aber, er brauche keine solche, denn er ernähre sich ehrlich. Er war zwar ein armer Arbeiter und er hatte ein etwas gebrechliches Kind, das in eine Anstalt kam, in der es etwas lernen sollte, aber nicht auf Kosten jener Gemeinde. Alsdann hat diese Gemeinde selbst — der Brief liegt vor mir — an die Heimathgemeinde geschrieben und hinter dem Rücken dieses Arbeiters für ihn eine Armenunterstützung von 40 Mark beansprucht. Als auch das nicht zog, ging man zu der Besitzerin des Hauses, in welchem der Arbeiter wohnte, und sagte ihr, sie solle den Menschen ausschaffen und ihm die Miethe verweigern, die er ehrlich bezahlte. Die Hausbesitzerin wurde dann so lange chikanirt, bis sie endlich dem Manne kündigte. Der Arbeiter lief nun in der Gemeinde von Haus zu Haus, um eine Wohnung zu betteln. Alle aber verweigerten sie ihm. Er lief zu einem Abgeordneten — er sitzt hier im Hause — auch der hat ihm die Wohnung verweigert. Ja, er war die Triebfeder davon. Ich sage: Pfui Teufel! über ein solches Verfahren und diesen Abgeordneten. (Glocke des Vizepräsidenten.) Der Betreffende spricht immer von der Leutenoth auf dem Lande, er lamentirt immer und es laufen ihm die christlichen Zähren die Backen herunter — das ist der Abg. Beckh, derda oben sitzt." — Und der konservative Abg. Beckh? Er bestritt nur, daß die Darstellung des Abg. Ehrhardt in allen Punkten richtig sei, der Abg. Pflaumer aber, der Bürgermeister der Gemeinde ist, die die Armenunterstützung zahlen sollte, schwieg.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer protestirten die Sozialisten gegen die nachträgliche Bewilligung der Kosten für den Zarenbesuch im vorigen Herbst. Der Genosse Sembat wies nach, daß das Bündniß Frankreichs mit Rußland werthlos sei. Rußland gewährte Frankreich nicht einmal Handelsvortheile und bei dem Konflikt Frankreichs mit der Türkei habe der russische Botschafter in Konstantinopel gegen die Interessen Frankreichs gehandelt. Eine von Sembat und unseren Genossen gegen die Geldvergeudung und das Scharwenzeln der Regierung vor dem Selbstherrscher aller Reußen gerichtete Tagesordnung wurde abgelehnt.

Endlich ist dem Oberst Picquart, bekannt aus dem Dreifußprozeß, sein Recht geworden. Das Pariser Zivilgericht verurtheilte den Kriegsminister auf die Klage Picquarts, diesem alle ihn betreffenden Briefe und Dokumente auszuliefern, die sich noch in den Prozeß- und Untersuchungsakten des Kriegsministeriums befinden.

Italien.

Der Prozeß gegen Pallizzolo, der bekanntlich angeklagt ist, die Ermordung des Bankdirektors Notarbatolo von Palermo veranlaßt zu haben, geht in Bologna noch immer weiter. Man ist jetzt beim 67. Verhandlungstage angelangt. Wichtig waren die Aussagen des Polizeichefs von Palermo, des Herrn Sangiorgi, welche dieser Tage erfolgten. Er erklärte, daß die öffentliche Meinung den Pallizzolo vom ersten Tage an als den Urheber des Mordes bezeichnet habe. Pallizzolo sei eines solchen Verbrechens auch fähig und im Stande gewesen, ihn zur Ausführung zu bringen, denn er sei von Leuten sehr zweifelhaften Rufes umgeben gewesen.

England.

Chamberlain Premierminister! Ein Londoner Blatt weiß zu berichten, daß Chamberlain der Nachfolger des Premierministers Salisbury werden soll. Das Sprichwort: „wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit" würde, wenn sich die Meldung bestätigte, auch auf die englische Nation Anwendung finden.

Rußland.

Schülerunruhen haben in Siedlec, Russisch Polen, stattgefunden. Am Sonnabend drangen die Schüler aller Gymnasialklassen darauf, daß der Religionsunterricht fortan statt russisch in polnischer Sprache ertheilt werde. Die Fensterscheiben wurden zertrümmert, die russischen Religionsbücher zerrissen und zum Fenster hinausgeworfen, der Direktor erhielt mit einem Buche einen Schlag auf den Kopf. In Zamost wurde der Religionsunterricht eingestellt, weil die Schüler vom Katecheten polnischen Unterricht forderten, ebenso in Wilna und in Biala.

Serbien.

Obstruktion in der Skupschtina. Aus Belgrad wird gemeldet: Nach Berathung des die Staatsoberaufsicht betr. Artikels der Gemeinde-Gesetzesvorlage in der Skupschtina verlangte die Opposition namentliche Abstimmung. Als diese nicht gewährt wurde, kam es zu stürmischen Szenen. Die Opposition überhäufte die Mehrheit mit Schmähreden, schließlich wurde auch mit Thätlichkeiten gedroht. Die Sitzung wurde aufgehoben. Nach ihrer Wiederaufnahme nahmen die Verhandlungen einen ruhigen Verlauf. Die Spezialdebatte über das Gemeindegesetz, welche nun schon zehn Tage dauert, dürfte bald geschlossen werden.

Afrika.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz wird der Zusammenstoß zweier Panzerzüge gemeldet, wobei 5 Soldaten getödtet und 5 verwundet wurden.

Den Nachtragsetat zur Fortsetzung des Krieges hat das englische Unterhaus mit 226 gegen 64 Stimmen bewilligt.

Wegen der Unterschleife beim Ankauf ungarischer Pferde für Südafrika hat die Regierung eine Untersuchung eingeleitet.

Die Antwort Englands auf das Anerbieten Hollands, den Frieden zu vermitteln, ist nach einer Erklärung des Ministers van Linden in der holländischen Kammer bereits in Händen der niederländischen Regierung. Die Veröffentlichung soll gleichzeitig in London und im Haag erfolgen, nach einer Erklärung des Schatzsekretärs Balfour im englischen Unterhaus am Dienstag (also gestern Abend).

Parteinachrichten.

Bedauerliche Vorgänge im Nürnberger Parteileben. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg schloß am 31. Januar nach längerer Debatte die vier Parteigenossen Herrmann, Eitzinger, Spetzerer und Scherm wegen eines Artikels, den sie nach dem Tode des Genossen Oertel angeblich zur Irreführung der Gegner in den „Fränk. Kour." lancirt hatten, aus dem Verein aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte der Vorsitzende, Genosse Rudolf, er sei verpflichtet, der Versammlung den Abschluß von Dingen bekannt zu geben, die Monate lang die Partei in Aufregung gehalten haben. Es sei zur Genüge bekannt, daß diese Aufregung durch Berichte in gegnerischen Blättern, besonders im „Fränk. Kour.", über interne Parteivorgänge hervorgerufen wurden. Die Erregung wuchs, als verlautbarte, daß unter den „Kourier"-Berichterstattern angesehene Parteigenossen sich befinden. Der bayerische Landesvorstand behandelte diese Angelegenheit am 26. Januar in einem Schiedsgericht und es wurde festgestellt, daß 4 Parteigenossen an den „Fränk. Kour." einen Bericht geliefert haben. Die betr. Genossen gaben dies auch in der Schiedsgerichtssitzung zu, betonten aber, daß sie glaubten, im Parteiinteresse gehandelt zu haben. Sie wollten nur bezwecken, den „Kourier" einmal hineinzulegen und dadurch abzuschrecken, fürderhin Berichte aus sozialdemokratischen Kreisen aufzunehmen. Eine Partei-Ausschuß-Sitzung habe sich bereits mit der Sache befaßt und beschlossen, für die vier Genossen eine strenge Strafe vorzuschlagen. Es müsse aber dabei ins Gedächtniß gerufen werden, daß es sich um Genossen handelt, die ein Menschenalter für die Partei gewirkt und ihr viele gute Dienste geleistet hätten. Wenn die vier Parteigenossen ausgeschlossen würden, so sei wohl auch ihre bürgerliche Existenz gefährdet. Es falle ihm nicht ein, jene Handlungen auch nur mit einem Worte zu entschuldigen, doch müsse man einen menschlichen Vorgang auch menschlich zu erfassen suchen. Unsere bürgerlichen Gerichte setzen für jedes Verbrechen und Vergehen entsprechend graduirte Strafen fest; was die bürgerlichen Gerichte als mildernde Umstände ansehen, möge auch die Versammlung als solche walten lassen. Der Vorsitzende verlas folgenden Brief des Genossen Scherm:

An die ordentliche Generalversammlung des Soziald. Vereins Nürnberg-Altdorf.

Da ich bei der vorhandenen Aufregung und Verwirrung es für aussichtslos erachte, die Generalversammlung durch persönliche Erklärungen zu einer objektiveren Würdigung der in Frage stehenden Angelegenheit veranlassen zu können, so habe ich mich entschlossen, der Versammlung fernzubleiben. Um jedoch den Sozialdem. Verein Nürnberg-Altdorf davor zu bewahren, mich, seinen Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden, auszuschließen, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus dem Verein.

Ich gehöre der sozialdemokratischen Partei nun über 30 Jahre an und war über 17 Jahre Leiter des Vereins. Ich habe mich jeder Arbeit für die Partei gern unterzogen; diese Thätigkeit bildete einen Haupttheil meines Lebensinhaltes. Wenn ich nun sehe, daß eine unglückselige That, begangen unter heute mir selbst unerklärbaren Umständen, und die ich aufrichtig bedauere, hinreichend sein soll, nicht nur all das, was ich im Leben für die Partei gethan, aufzuwiegen, sondern auch noch hinreichen soll, mich auszuschließen, dann bleibt mir keine andere Wahl als auszutreten und dadurch dem Verein die Begehung eines Unrechtes zu ersparen.

In Konsequenz des Austrittes aus dem Verein werde ich auch mein Mandat zum bayr. Landtage niederlegen.

Mit sozialdem. Gruß

München, 31. Januar 1902.

Joh. Scherm.

Nach beendeter Diskussion wurden die Anträge, den vier Genossen ein Tadelsvotum zu ertheilen, abgelehnt und der Ausschußantrag auf Ausschließung der Vier angenommen.

Soziales.

„Theureres Brod gieb uns heute!" Unter diesem Stichwort veröffentlicht der Stuttgarter „Beobachter" einen Entschuldigungszettel, den ein dem Blatte befreundeter Lehrer eines Tages erhielt. Dazu bemerkte der Lehrer: „Der Vater des betreffenden Knaben ist Staditagelöhner. Der Knabe ist schlecht genährt; ich habe daher schon öfter mein Vesperbrod mit ihm getheilt, was er stets mit Dank und großer Freude annahm. Solchen Leuten will man nun durch den neuen Zolltarif den Brodkorb höher hängen. Das ist einfach himmelschreiend." Der mit Bleistift geschriebene Entschuldigungszettel hat folgenden Wortlaut: „Geehrter Herr Lehrer, ich möchte Sie in kenntniß setzen, daß ich meinen Albert nicht in die Schule schicken kann, indem ich keine Schuhe mehr hab, er ist schon 14 Tage ohne Sohle zur Schule und jetzt hat er so einen Husten davongetragen, daß er auch nicht zur Schule könnte. Ich bitte Sie Freundlichst um Entschuldigung; ich habe einen so schlechten Verdienst, daß ich im Augenblick keine Kaufen kann, 7 Kinder und 8 Stunden Arbeit pro Tag."

Gerichtliches.

Im Kasseler Trebertrocknungsprozeß wurde am Dienstag in die Beweisaufnahme eingetreten. Es wurden die Geschäftsberichte von 1896/97, 1897/98 und 1898/99 zur Kenntniß genommen, die sämmtlich sehr günstig über die damalige Geschäftslage lauten. Es wurden hohe Abschreibungen gemacht und hohe Tantiemen und Dividenden gezahlt. In der Nachmittagssitzung begann das Verhör der Sachverständigen mit der Vernehmung des Konkursverwalters der Treber-Gesellschaft Justizraths Dr. Fries. Dieser erklärte, die Bücher der Gesellschaft seien völlig in Unordnung gewesen, so daß sich eine Konkursbilanz nicht aufstellen ließ. In der Masse hätten sich 2000 Mk. bar befunden. Der Konkursverwalter der Leipziger Bank habe 500 000 Mk. zur Fortsetzung des Betriebes geliehen. Die Aktivmasse betrage 2 Millionen und könne sich im günstigen Falle noch um ½ bis 1 Million erhöhen. An bevorrechtigten Forderungen seien 827 256 Mark angemeldet. Die Schulden der Treber-Gesellschaft betragen zirka 168 Millionen Mark, davon kämen 70 bis 80 Millionen auf das Konto der Leipziger Bank. Die Gesellschaft habe mit der Trebertrocknung fortgefahren, obgleich mit den Apparaten so gut wie nichts verdient worden sei.

Elberfelder Militärbefreiungsprozeß. In der Verhandlung am Dienstag erklärten die sachverständigen Aerzte, daß die zu den Losungsscheinen der Angeklagten festgestellten Befunde zutrafen bezw. zutreffend gewesen seien, so daß man auch zu keinem anderen Urtheil gelangt sein würde. Der Erste Staatsanwalt gab unter diesen Umständen die Erklärung ab, es sei unmöglich, den vom Reichsgericht erforderten Beweis zu erbringen, daß die Befunde unrichtig seien. Auf die weitere Beweisaufnahme wurde allerseits verzichtet. Zu Donnerstag, 6. Februar, sind noch weitere sechs Zeugen geladen, auf deren Vernehmung die Vertheidigung besteht; sie sollen über Dr. Schimmels Charakter und Verhalten aussagen. Wie der Erste Staatsanwalt noch weiter mittheilt, hält er bei Baumann und der Wittwe Diechhoff auch Betrug nicht für vorliegend.

Die erste gerichtliche Entscheidung in Sachen des neuen Handwerkergesetzes, Verbot der Führung des Meistertitels betreffend, dürfte in Wattenscheid vor dem Schöffengericht gefallen sein. Ein Schuhmachergeselle hatte sich im vorigen Jahre selbstständig gemacht und ein Schild mit der Bezeichnung „Meister" ausgehangen. Die betreffende Innung erhob Widerspruch und die Behörde nahm sich der Sache an. Sie entfernte das Schild und das Gericht erkannte wegen Vergehens gegen § 133 der Reichsgewerbeordnung gegen den „Meister" auf 10 Mark Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Auch die vogtländischen Weber rühren sich. Die Arbeiterschaft der Firma Jäger u. Seidel in Eisterberg trug nach nur 1½stündigem Streik einen glänzenden Sieg davon. Von 48 Webern und Weberinnen hatten sich 43 an dem Streik betheiligt. — Bei der Firma Dennhardt in Netzschkau stellten die Arbeiter einheitlich die Arbeit ein. Das Vorgehen der Arbeiter in diesem Betriebe ist um so überraschender, als es sich um unorganisirte Arbeiter handelt. Der Grund der Arbeitsniederlegung ist in diesem Fall ein Lohnabzug. — In Reichenbach streiken sämmtliche 100 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Röckel u. Thieme.

Aus Stadt und Land.

Bant, 5. Februar.

Sprechtag des Amtsgerichts findet am Sonnabend im Rathhaus-Restaurant hierselbst statt.

Die Hebung der Schulumlagen für die Schulachten Bant und Neubremen findet zur Zeit durch den Gemeinde-Rechnungsführer im Rathhaus hierselbst statt, und zwar haben diejenigen Steuerpflichtigen, deren Namen mit **B** anfangen, morgen (Donnerstag) zu zahlen.

Handwerker-Versammlung. Am nächsten Sonntag den 9. Februar wird der Sekretär der Handwerkerkammer, Albrecht, im Lokale des Herrn H. Rath, „Jeverländer Hof", einen Vortrag über Handwerkerfragen halten. Die Versammlung beginnt um 4 Uhr Nachmittags.

Die hiesige höhere Mädchenschule, welche gleichzeitig auch ein Lehrerinnenseminar sein soll, wird jetzt in dem Hause Börsenstraße 66 baulich eingerichtet. In wenigen Wochen werden die baulichen Veränderungen soweit gediehen sein, daß aus den bisherigen Wohnungen die nöthigen Klassenräume für die Schule hergerichtet sein werden. Im Anschluß hieran wird dann noch eine Turnhalle auf dem Grundstück gebaut. Die Schule wird bekanntlich am 10. April d. J. eröffnet. Mit der Errichtung eines Lehrerinnen-Seminars hierselbst soll einem oft empfundenen Mangel abgeholfen werden, der darin besteht, daß die jungen Mädchen aus dem Herzogthum und dessen Umgebung, welche sich dem Lehrerinnenberuf widmen wollten, bisher genöthigt waren, ihre Ausbildung in Bremen, Emden ꝛc. zu suchen. Das Lehrerkollegium ist aus vorzüglichen Lehrkräften zusammengesetzt. Zur wirksamen Ergänzung des fremdsprachlichen Unterrichts gehören dem Kollegium auch zwei Ausländerinnen an (Französin und Engländerin). Die Seminaristinnen von auswärts erhalten Wohnung oder volle Pension in der Anstalt (Internat). Schulgeld und Pensionspreis sind so mäßig als möglich berechnet.

Tobsucht. Von Wuthkrämpfen wurde, wahrscheinlich in Folge übermäßigen Genusses geistiger Getränke, gestern Abend der Maurer E. in der Wohnung seiner Mutter, Börsenstraße 15, befallen. Zuerst fing er mit seiner Mutter und Schwester an zu skandaliren, worauf er alles, was nicht niet- und nagelfest war, demolirte. Nachdem hier keine Gegenstände seiner Zerstörungswuth mehr zum Opfer fallen konnten, setzte er dann das Zerstörungswerk bei seinem Fluranchbar fort, wo er fast sämmtliche Korridorfenster zertrümmerte. Der Tobsüchtige trug an Händen und Armen derartige Verletzungen davon, daß er gewaltsam in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte. Aber selbst in der Wohnung des Arztes, Herrn Dr. Meier, hatte sich seine Tobsucht noch nicht gelegt, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als den sich immer noch wie rasend Gebärdenden mit polizeilicher Hilfe in das städtische Krankenhaus zu Wilhelmshaven überzuführen.

Wilhelmshaven, 5. Februar.

Ablehnend verhielt sich der Kreistag zu Leer in seiner letzten Sitzung zu dem Bau einer Kleinbahn Sande-Aurich-Oldendorf bezw. Strackholt, da angeblich die Verhältnisse der Kleinbahnen noch keinen genügenden Ueberblick geben. Damit wäre das Projekt der direkten Verbindung von Wilhelmshaven mit Emden wieder etwas in den Hintergrund gedrängt worden.

Landesbibliothek Oldenburg

Die städtische Sparkasse weist in ihrer Bilanz vom 31. Dezember 1901 an Aktiva und Passiva 3971071,80 Mk. auf. Die Einnahme und Ausgabe betrug im Rechnungsjahre 1901 2296165,42, die Gewinn- und Verlustrechnung 172049,63 Mk. Der Reingewinn beträgt 33513,87 Mk. Einschließlich dieses Reingewinns ist der Reservefonds auf 187243,45 Mk. gestiegen.

Bezüglich des Fernsprechverkehrs zur Nachtzeit hat das Reichspostamt an die Postanstalten nachstehende Verfügung erlassen: „Auf Verbindungen zur Nachtzeit im Nachbarorts-, Vororts- oder Bezirksverkehr finden die Bestimmungen über die Benützung der Fernsprechverbindungsleitungen zur Nachtzeit vom 19. September 1901 mit der Maßgabe Anwendung, daß zwischen Sprachstellen verschiedener Ortsnetze ohne Fernsprech n a c h t dienst (wie in Wilhelmshaven) dauernde Nachtverbindungen hergestellt werden können, welche hinsichtlich der Gebührenfestsetzung als gewöhnliche Gesprächsverbindungen von 3 Minuten Dauer gelten. Es werden somit erhoben: a) für jedes gewöhnliche oder dringende Einzelgespräch zur Nachtzeit die zu berechnende Gebühr für ein Tagesgespräch von gleicher Dauer; b) für Gesprächsverbindungen zur Nachtzeit im Abonnement, die täglich zwischen denselben Theilnehmern zu denselben Zeiten hergestellt werden, die Hälfte der nach der Fernsprechgebührenordnung für gewöhnliche Tagesgespräche von gleicher Dauer sich ergebenden Gebühren, gleichviel, ob der Theilnehmer, welcher die Verbindung verlangt, eine jährliche Bauschgebühr für den Verkehr innerhalb des Netzes zahlt oder nicht. — Als Nachtzeit gelten allgemein die Stunden von 9 Uhr Nachmittags bis 7/8 Uhr Vormittags. — Anträgen auf Nachtverbindungen zwischen zwei Orten, soll, soweit nicht in beiden mit einander zu verbindenden Orten Nachtdienst besteht, nur dann entsprochen werden, wenn zwischen beiden Orten unmittelbare Verbindungsleitungen in genügender Anzahl zu Gebote stehen und weder dienstliche noch technische Schwierigkeiten obwalten. Der Theilnehmer eines Orts ohne Nachtdienst wird bei Dienstschluß mit der Nachtdienst abhaltenden Vermittelungs-Anstalt verbunden. Die Theilnehmer in Orten ohne Nachtdienst, für welche durch die Nachtdienstvermittelungsanstalt eines anderen Orts Einzel-Nachtverbindungen hergestellt werden, sind zur Betheiligung am Fernverkehr während der Nachtzeit in dem gleichen Umfange, wie die Theilnehmer an Orten mit Fernsprechnachtdienst zugelassen."

Heppens, 5. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Gemeinderaths wurden zunächst Wegeangelegenheiten erledigt. Sodann ging der Gemeinderath über den Antrag der Geschäftsstelle der „Wilhelmshav. Zeitung" auf Berücksichtigung genannter Zeitung bei Veröffentlichung der laufenden Bekanntmachungen, zur Tagesordnung über, da die Mehrheit des Gemeinderaths es für genügend hält, die Bekanntmachungen durch das „Nordd. Volksblatt", das „Tageblatt" und die Gitterkästen zur Kenntniß zu bringen. — Zur Tagesordnung übergegangen wurde noch über den Antrag des Proprietärs J. F. Janßen, um Ermäßigung der Pflasterungskosten, welches Gesuch damit begründet wurde, daß das hier in Frage kommende Trottoir vor dem Hause des Nachsuchenden vor der Umlegung noch in tadellosem Zustande gewesen. — Auch das Gesuch des Deutschen Patriotenbundes um Gewährung eines jährlichen Beitrages, wurde abgelehnt. — Auf Grund eines Schreibens des Bürgervereins des westlichen Theils, nach welchem die Reinigung der Wanderungen von Schnee und Eis öfters zur Kenntniß der Pflichtigen gegeben werden möge, konstatirt der Gemeindevorstand, daß bezüglich des Eises noch keine Bestimmungen bestehen. Es wurde deshalb beschlossen, auf Grund des Artikels 35 der Gemeindeordnung, dem § 6 des Ortsstatuts betr. bau- und gesundheitspolizeiliche Anordnungen folgenden Zusatz zu geben: Die Wanderungen müssen im Winter thunlichst von Eis und Schnee freigehalten und mit Sand oder Asche bestreut werden. — Abgelehnt wurde das Gesuch eines Bauunternehmers, um Erlaß der Strafe von 30 Mk., wegen Nichteinreichung einer Zeichnung. — Die Rechnung des Brandmajors in Höhe von 51 Mk. für baare Verauslagungen und Versäumnisse wurde der Feuerwehrkommission zur Prüfung überwiesen, wobei hervorgehoben wurde, daß das Amt des Brandmajors ebenso ein unbesoldetes Ehrenamt sei, wie viele andere Aemter in der Gemeinde. — Ein Geschäftsmann wurde aus triftigen Gründen von dem Feuerwehrdienst entbunden. — Das Gesuch eines Mitgliedes der Gemeinde-Krankenkasse um nachträgliche Uebernahme der Kosten der Behandlung in einer Frauenklinik wurde abgelehnt, da die Gesuchstellerin v o r der Behandlung sich die Kosten seitens der Krankenkasse hätte sichern sollen. Ein anderes Gesuch um Uebernahme der Kosten für eine nothwendige spezialärztliche Behandlung wurde genehmigt. — Bezüglich des Austausches von Dienstländereien, den der Landwirth G. Janßen zu Siebethsburg beantragt hat, ist jetzt die hierfür eingesetzte Kommission anderer Ansicht geworden und empfiehlt dem Gemeinderath den Länderaustausch. Der Gemeinderath blieb jedoch auf seinem gefaßten Beschluß bestehen, nach welchem der Austausch nicht im Interesse der Gemeinde liegt. Es handelt sich hier um 7840 Qum. Land mitten in den Ländereien des Herrn Janßen in der Nähe der Staatschaussee Wilhelmshaven-Neuende, das gegen anderes Land bei Schaar eingetauscht werden soll, um an ersterer Stelle nicht mit Stückeleien rechnen zu müssen. — Hinsichtlich des gestern passirten bedauerlichen Unfalles, bei dem ein Kind in einer Kalkgrube ertrank, wurde beschlossen, den noch offenen Theil des Grabens bei dem Armenhause zuschütten zu lassen. — Auf eine Anfrage des Amtes ist der Gemeinderath der Ansicht, daß ein Ueberhandnehmen der Feldmäuse in diesem Jahre nicht zu befürchten ist. — Sodann gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß zwei größere Projekte eingegangen seien. Das eine betrifft die Einrichtung eines Invalidenheims für die Gemeinden Bant, Wilhelmshaven und Heppens, das andere die Errichtung einer elektrischen Straßenbahn durch eine Privatgesellschaft. — Zur Kenntniß genommen wurde dann noch ein Schreiben der Verwaltung der Gaswerke, nach welchem der Leuchtgasverbrauch der Gemeinde Heppens sich im Jahre 1901 auf 47000 Kubikmeter gesteigert hat (9000 Kubikmeter mehr als 1900); es sei jedoch noch nicht dasjenige Quantum (50000 Kubikmeter) erreicht, bei welchem eine Rückvergütung von 1 Pf. pro Kubikmeter an die Gemeinde erfolgt. — Dem Gemeindevorstande zur Erledigung überwiesen wurde noch der Antrag, die Mitglieder der Kommission zur Ueberwachung der baupolizeilichen Vorschriften gegen Unfall zu versichern. — Als Revisoren der Gemeindekasse wurden die Herren Eilers und Bruns gewählt. — Einem Nachsuchenden wurden die Steuern gestundet.

Von vielem Unglück heimgesucht wird der Handlanger Wilh. Osterkamp und dessen Ehefrau in der Paulstraße. Vor zwei Jahren lief dessen fast der Schule entwachsene Tochter in den Kanal und ertrank. Gestern nun probirte sein kleiner 4½jähriger Sohn das Eis auf einer mit Wasser angefüllten Kalkgrube, welche an der Ecke der August- und der Paulstraße belegen ist. Der Junge brach ein und ertrank. Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. In der bedauernswerthen Familie ist obendrein noch der Mann kränklich. — Der Unfall mahnt, dem Eis nicht zu viel zu trauen.

Varel, 5. Februar.

Bildung und Besitz sollten eigentlich auf einer Stufe stehen; das soll aber bei Leibe nicht heißen, daß die Besitzenden die Erbpächter der Bildung sind. Man findet sehr oft, daß Besitzenden jede Bildung fehlt und wirklich Gebildete arm wie die Kirchenmäuse sind. In einer kleinen Stadt — der Name thut nichts zur Sache — lebt ein Herr, der sich trotz seines Reichthums immer noch nicht von seiner langjährigen Beschäftigung, Menschen und Thieren Pflege und Herberge zu gewähren, trennen konnte. Auch kommen Schlachter und Landleute dort zusammen, um mit einander Handel zu treiben. Dieser Tage hatte ein Schlachter eine Kuh gekauft und wollte auch gleich das Gewicht des Thieres feststellen. Kaum hatte die Kuh die Waage betreten, da passirte ihr etwas, was auch dem vorsichtigsten Menschen passiren kann. Der Besitzer des Hauses aber meinte, es läge Absicht in dem Thun der Kuh und er ergriff das nächste ihm zur Hand stehende Geschirr, eine Brodschneidemaschine, und schlug derart auf das Thier ein, daß der Schlachter schleunigst mit dem Thiere das Weite suchte. Selbstverständlich machte er auch Anzeige.

Oldenburg, 5. Februar.

In der Tarifausschußsitzung des Tarifamts der Buchdrucker Deutschlands, welche am Sonntag den 2. Februar in Berlin stattfand, ist der Lokalzuschuß für Oldenburg von 7½ auf 6½ Proz. festgesetzt worden. Bekanntlich hatte das Kreisamt den Lokalzuschlag von 5 auf 7½ Proz. erhöht. Gegen diese Festsetzung haben die Arbeitgeber beim Tarifamt Protest erhoben, und auch den Tarif mit der Lokalzuschlagserhöhung nicht bewilligt. Hoffentlich kommt es nun zu einer Verständigung zwischen Prinzipalen und Gehilfen.

Ein Druckfehler hat sich in der Notiz betr. „Innungskrankenkasse" eingeschlichen. Es heißt da: „Es hat sich das Humorvolle ereignet, daß die „Regierung" nicht einmal mehr im Besitz ihrer Statuten ist". Wie die Leser selbst gefunden haben werden, muß es statt Regierung natürlich „I n n u n g" heißen.

Der „Generalanzeiger"-Redakteur als „Hellseher". Welch „schneidige" Berichterstattung der hiesige „Generalanzeiger" hat, geht aus der Thatsache hervor, daß derselbe bereits um 2,30 Uhr seinen Lesern bekannt giebt, daß der verunglückte Artillerist Spanhake mit großartigem Gefolge beerdigt worden ist. Die Beerdigung selbst geschah aber erst gegen drei Uhr!

Im benachbarten Naderst beschloß der Schulausschuß und Schulvorstand, die jetzige dreiklassige Schule in eine vierklassige umzubauen.

Nienburg, 2. Februar.

Eine Vergiftungs-Affaire beunruhigt hier seit einigen Tagen die Gemüther. Die Polizei wurde benachrichtigt, daß eine hierselbst wohnende Ehefrau Wiechmann im Sterben liege und deren 11jährige Tochter bereits todt sei. Der Kreisarzt ordnete sofort die Ueberführung nach dem Krankenhause an. Die in der Wiechmannschen Wohnung seitens der Polizei angestellte Untersuchung ergab das Vorhandensein eines Fläschchens mit einer giftigen Substanz. Die Frau hatte am Abend vorher das Abendessen vergiftet, um sich und ihr Kind, das inzwischen gestorben ist, zu tödten. Frau Wiechmann, welche die schreckliche That aus Nahrungssorgen verübt haben soll, liegt in hoffnungslosem Zustande im Krankenhause. Ihr Mann befindet sich zur Zeit wegen eines Sittlichkeitsverbrechens in Untersuchungshaft.

Lägerdorf, 4. Februar.

Verunglückt. Der 13jährige Sohn des Nachtwächters auf Breitenburg wagte sich auf nicht ganz festes Eis und fand so seinen Tod im Wasser.

Nothstandsarbeiten. Die Arbeit an der Bergstraße hat wegen Frostwetter wieder eingestellt werden müssen.

Aus den Vereinen.

Vereinskalender.

Bant-Wilhelmshaven.

„Bürgerverein Bant." Donnerstag, 6. Februar, Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Brinkmann, Oldenb. Str.

„Verband der Bäcker." Donnerstag, 6. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Held, Grenzstr.

„Gewerbegerichts-Beisitzer" (Arbeitnehmer). Donnerstag, 6. Februar, Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Saake.

Varel.

„Verband der Maler." Freitag, 7. Februar, Abends 8½ Uhr: Versammlung im Schwarzen Roß.

Vermischtes.

Arges Unwetter hat in den letzten Tagen wieder auf See geherrscht. Der Dampferverkehr zwischen Dover und Calais (engl. Kanal) war am 3. Februar aufgehoben. 60—70 Dampfer warteten am Montag Abend in der Themse auf besseres Wetter, um auslaufen zu können. Viele Schiffsunfälle werden gemeldet. Eine Bark, vielleicht eine deutsche, scheiterte an den Lewis-Klippen vor den Scilly-Inseln und versank mit der ganzen Besatzung in tiefem Wasser. Ein Rettungsboot begab sich zum Wrack, konnte aber nichts ausrichten. Zwei Leichen und ein Theil einer Deckkiste mit vermuthlich deutscher Schrift darauf, wurden gefunden. In Falmouth wurde der einzige Ueberlebende der 22 Mann zählenden Besatzung der französischen Barke „Chanaral" aus Dunkerque gelandet. Die Barke war Dienstag von Nantes abgesegelt. Freitag wurden drei ihrer Boote weggerissen, dann schlug die Barke um und versank mit dem Kapitän und 15 Mann. Der erste Offizier und 5 Mann hatten sich in das vierte Boot gerettet, dieses schlug ebenfalls um und die 5 Personen ertranken. Der erste Offizier hielt sich am Boote fest, gelangte auch wieder hinein und wurde in diesem vom Sturme umhergeworfen, bis ihn der norwegische Dampfer „Viktoria" aus Bergen rettete. Von Southend aus sah man Freitag Nachmittag zwei Männer in der Takelage eines sinkenden Schiffes. Das Rettungsboot von Southend fuhr hinaus, der Sturm warf es aber zurück an den Pier, wobei es Beschädigungen erlitt, die man die Nacht hindurch auszubessern versuchte. Ein anderes Rettungsboot fuhr hinaus, konnte sich aber ebenfalls wegen des Sturmes nicht auf See halten. Am Morgen war das Schiff mit den beiden Männern verschwunden.

Am Sonntag und Montag sind in Madrid ungeheure Schneefälle niedergegangen. Die meisten Züge sind ausgeblieben, der Droschken- und Trammwagenverkehr ist ganz unterbrochen. Im Senat fand keine Sitzung statt. Die Theater gaben keine Vorstellungen. Viele Unglücksfälle sind in Folge Ausgleitens vorgekommen. Ganz Spanien ist eingeschneit. Beim Schmelzen des Schnees dürften Ueberschwemmungen kommen. — In Folge von Schneefällen gingen bei Peveragno in Oberitalien Lawinen nieder, wodurch ein Haus niedergerissen wurde und mehrere Menschen verunglückten. Auch aus anderen Theilen von Piemont und aus Venetien werden seit mehreren Tagen Schneestürme gemeldet.

Arbeiterrisiko. Bei den rheinischen Stahlwerken in Ruhrort erlitten am Montag sechs Personen am Hochofen schwere Brandwunden, denen der Meister Feller und der Arbeiter Barkowiak bereits erlegen sind. — Auf der Konradsgrube in Döbern bei Forst i. L. stürzte am Montag eine Förderschale mit drei Grubenarbeitern, welche die Schale unberufener Weise betreten hatten, in die Tiefe; alle drei Arbeiter waren sofort tot. — Im Deakschachte des Petroszenyer Kohlenwerkes (Ungarn) erfolgte am Montag eine Kohlenstaub-Explosion; sechs Arbeiter blieben sofort tot; vier wurden schwer verletzt.

Daß der Requisiteur ein Trauerspiel zur Posse verwandeln kann, hat sich in Leipzig, wie die dortige „Volksztg." berichtet, bei der Erstaufführung von Heyermann „Hoffnung" wieder einmal bewiesen. In der erschütternden Szene, wo die alte Kniertje ihrem Sohne Barend den Spiegel vorhält, damit er sich mit dem neuen Schmuck der Ohrringe betrachte, brach plötzlich in den ersten Parketreihen ein helles Gelächter aus. Neugierig gemacht, setzte man rückwärts die Operngläser an, und die Heiterkeit ward allgemein. Auf der aus Pappe hergestellten Rückseite des Spiegels, die den Zuschauern fast mit demonstrativer Absichtlichkeit zugekehrt wurde, las man nämlich die fettgedruckten Worte: „Heute Schweinsknochen!"

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Febr. Zur zweiten Berathung des Militäretats im Reichstag beantragt Abg. Lenzmann (FVp.) eine Resolution, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, daß mit aller disziplinarischen und gesetzlichen Macht das im stehenden Heere und der Reserve weiter um sich greifende, mit der Religion, der Moral und den Strafgesetzen im Widerspruch stehende Duellunwesen beseitigt werde.

Wien, 4. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm nach den Weihnachtsferien die Thätigkeit wieder auf und begann mit der Berathung der wegen der Brüxer Grubenkatastrophe eingebrachten Dringlichkeitsanträge.

London, 4. Febr. Einer Depesche Lord Kitcheners aus Pretoria vom 3. Februar zufolge wurden seit dem 27. Januar 29 Buren getödtet, 6 verwundet und 142 gefangen genommen; 48 ergaben sich. In der Kapkolonie befindet sich ein Burenkommando bei Bambusberg, ein anderes unter Louis Wessels im Distrikte Cradoc. Letzteres griff am 1. Februar einen Proviantzug an und steckte ihn theilweise in Brand.

Sydney, 4. Febr. In der Schlußsitzung des Vorstandes der Politischen Arbeitsliga wurde nach lebhafter Debatte mit 29 gegen 25 Stimmen eine Resolution angenommen, welche für die Autonomie der Buren, die Amnestirung der Kaprebellen und die Wiederaufrichtung der Farmen sich ausspricht. Die Resolution soll dem Premierminister des Bundes und den Führern der liberalen Partei vorgelegt werden.

Letzte telephonische Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 5. Febr. Die Morgenblätter melden aus München: Eine verheirathete Frau, Mutter von vier Kindern, versuchte auf offener Straße ihren Geliebten, einen ebenfalls verheiratheten Mann, zu erschießen. Letzterer wurde schwer verletzt.

Frankfurt a. M., 5. Febr. Freiherr v. Heyl zu Herrnsheim hat der „Frankf. Ztg." aus Berlin mitgetheilt, daß die Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe ihm sein Ausscheiden aus der Zolltarifkommission nahegelegt, völlig unbegründet sei.

Budapest, 5. Febr. In dem Deak-Schacht der Salgo-Tarjaner Bergbau-Gesellschaft erfolgte eine Explosion. Sechs Personen sind getödtet, vier verwundet.

Haag, 5. Febr. Ein Mitglied der Burenmission, welcher nach der Veröffentlichung der Note der Niederlande und der Antwort Englands eine Unterredung mit einem Berichterstatter hatte, erklärte, er begrüße dankbar die Gefühle der holländischen Regierung, welche beweise, daß man Mitgefühl mit den Leiden des südafrikanischen Volkes habe. Er halte die Antwort Englands für sehr wohlwollend. Sie beweise, daß die englische Regierung nicht ungerecht sei und Gelegenheit zu einem Anknüpfungspunkt biete, vorausgesetzt, daß England nicht späterhin unannehmbare Bedingungen für den Fall stelle, daß die Burendelegirten im Sinne der englischen Antwort thätig sein würden.

Brüssel, 5. Febr. „Petit bleu" zufolge reiste Dr. Leyds heute Vormittag mit dem Präsidenten Krüger nach Utrecht. Der Delegirte des Orange-Freistaats, Fischer, ist ebenfalls dahin abgereist.

Washington, 5. Febr. Im Repräsentantenhause brachte Cochran heute den Beschlußantrag ein, den Präsidenten Krüger einzuladen, die Vereinigten Staaten als Gast des Landes zu besuchen, und eine Summe bis zu 25000 Dollar auszuwerfen, um die Kosten des Besuches zu decken.

Standesamtliche Nachrichten

der Gemeinde **Heppens** vom 1. bis 31. Januar 1902.

Geboren ein Sohn dem Arbeiter G. K. H. Meier, Arbeiter C. Stindt, Arbeiter F. Folkers, Arbeiter G. D. Stuts, Aufseher P. H. Hinck, Arbeiter K. G. Buchwald, Heizer J. Hein, Zimmermann L. C. Schröder, Maschinenbauer C. K. Becker, Maler K. H. W. Henselmeyer, Schlosser G. K. Wulf; eine Tochter dem Schiffbauer F. P. G. Philipp, Kupferschmied O. P. Beer, Maschinenbauer J. W. Lührs, Vizefeldwebel F. W. Adler, Arbeiter G. F. K. Meyer, Schmied J. H. K. Ostermoor, Hilfs-Magazin-Aufseher F. W. Füchtner, Zimmermann C. K. G. Prochnow, Arbeiter J. K. W. Spille, Wallmeister K. H. Tell, Arbeiter F. G. K. Schwant, Oberfeuerwerker K. C. Kerruth, Heizer G. Gerdes, Obermachinistenmaaten C. C. Möller, Oberfeuerwerksmaaten K. F. W. Rieck, Schlachtermeister C. Rothenberg, Schlosser H. W. Rücke, Arbeiter J. B. Wilhelms, Maurer B. L. Janßen. Außerdem wurden 2 uneheliche Geburten (Knabe und Mädchen) angemeldet.

Aufgeboten: Maschinenbauer F. J. F. Tiegs zu Heppens und M. W. Fischer zu Wilhelmshaven, Hoboist W. F. C. Schröder und A. J. D. Rehme, beide zu Heppens, Arbeiter G. B. Janßen und C. C. Schmidt, beide zu Bant, Zimmermann C. H. D. Blohm zu Heppens und K. L. Hinz zu Bant, Maschinenschlosser J. G. Schimmelpfennig und B. Görlitzer, beide zu Bant, Schuhmacher F. J. Hannsmann, gen. Duffner zu Heppens und C. W. Dürr zu Wilhelmshaven, Tischler G. Haak zu Heppens und A. J. M. Oeltermann zu Neuender-Kirchreihe, Germaschinist K. J. P. W. Schack und M. E. C. Lobahn, beide zu Heppens, Tischler K. W. Rouz und H. C. G. Stiba, beide zu Heppens.

Verheirathet: Arbeiter J. F. Andres zu Wilhelmshaven und G. Schröder zu Heppens, Schlosser W. C. O. Rüdiger und F. H. Bruns, beide zu Heppens, Hoboist W. F. C. Schröder und A. J. D. Rehme, beide zu Heppens, Oberschreiber K. C. F. Hußfeld und B. K. J. Ficke, beide zu Heppens.

Gestorben: Ehefrau G. B. Hinrichs, geb. Westerholt, 56 Jahr 2 Mon. 14 Tage, Tochter des Arbeiters K. D. Stödr, 4 Mon. 21 Tage, Arbeiter C. Inhülsen, 49 Jahr 9 Mon. 14 Tage, Tochter des Tischlers J. H. D. C. Abel, 3 Mon. 13 Tage, Wittwe M. M. C. Ficke, geb. Kunst, 87 Jahr 3 Mon. 18 Tage, Wittwe K. S. H. Lübbes, geb. Hanken, 72 Jahr 1 Mon. 11 Tage, Ehefrau K. D. Schmidt, geb. Lange, 35 Jahr 10 Mon. 19 Tage, Sohn des Maschinenbauers J. D. Hoppenrath, 5 Mon. 17 Tage, Heizer J. D. Nülcher, 38 Jahr 3 Mon. 4 Tage, Tochter des Schlossers G. F. Kruse, 10 Wochen, Hammerführer G. Köben, 60 Jahr 11 Mon. 16 Tage, Sohn des Arbeiters G. Menfen, 10 Jahr 6 Mon. 20 Tage, Ehefrau M. Junge, geb. Rübing, 53 Jahr 10 Mon. 12 Tage alt.

Quittung.

Für den Parteifonds gingen bei der Redaktion ein: 50 Pfg. Amerik. Auktion einer leeren Cigarrenkiste bei Arn. Carstens 1,50 Mk.

Jever. Rath und Auskunft bezüglich der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung sowie in der Erwerbung des Staatsbürgerrechts ertheilt unentgeltlich **Karl Schwitters**, Blumenstr.

Landesbibliothek Oldenburg

Achtung! Auf nach den Tonhallen! Achtung!

am Freitag den 7. Februar 1902 zur

Gross. Heizer-Maskerade.

Bekanntmachung.

Eingesessene der Gemeinde Neuende, welche Hunde halten, werden ersucht, dieselben zum Zweck der Versteuerung bis zum **15. Februar d. J.** bei dem Gemeinderechnungsführer Aukt. **Gerdes** hierselbst anzumelden.

Daselbst ist gleichzeitig die betr. Steuer zu entrichten.

Für Hunde, welche bis zu dem angegebenen Tage nicht angemeldet sind, ist der doppelte Steuersatz zu zahlen.

Es wird noch bemerkt, daß die Hundesteuer für einen Hund 5 Mk. und für jeden ferneren Hund derselben Haushaltung 10 Mk. beträgt.

Neuende, den 27. Januar 1902.

Der Gemeindevorstand.
H. Janßen.

Bekanntmachung.

Die Hebung der Schulumlagen pro 2. Hälfte 1901/1902 findet statt in der Zeit vom 5. bis 22. Februar d. J., Vormittags von 9—1 Uhr, im Bureau des Rechnungsführers (Rathhaus Zimmer Nr. 2) und zwar für die Steuerpflichtigen deren Namen anfangen mit den Buchstaben: A am 5., B am 6., C und D am 7., E und F am 8., G am 10., H am 11., J am 12., K am 13., L und M am 14., N, O, P und Q am 15., R am 17., S am 18. und 19., T, U und V am 20., W am 21. und Z am 22. Febr. 1902.

Bant, den 23. Januar 1902.

Schulvorstände von Bant und Neuebremen.
H. Ibbeken, Pfarrer.

Auktion.

Für betreffende Rechnung sollen am

Sonnabend den 8. d. Mts., Nachm. 2 Uhr anf.,

im Saale des Gastwirths **Ed. Janssen** zu **Neubremen**, Grenzstraße:

1 Küchenschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Topfschrank, 1 Sopha, 5 Stühle, 1 Korbstuhl, 2 Bänke, 1 Petroleummaschine, 2 Blumenvasen, 25 Blumentöpfe, 3 Fenstervorsätze, 1 Korb, drei Kochtöpfe, 1 Petroleumkanne, eine Leiter, Stein- und Porzellansachen, 1 Tragholz, 2 Hacken, 2 Spaten, 1 Forke u. s. w.

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkauft werden.

Neuende, den 4. Februar 1902.

H. Gerdes,
Auktionator.

12000 Mark

werden per baldmöglichst von promptem Zinszahler gegen absolut sichere Hypothek anzuleihen gesucht. Zinsfuß nach Vereinbarung.

R. Abels.

Rippen-Tabak

hochfein, pr. Pfd. 15 Pf., 5 Pfd. 70 Pf., 10 Pfd. 1,35 Mk., empfiehlt

Wilh. Decker, Kopperhörn.

Auktion.

Für betreffende Rechnung sollen am

Montag den 10. d. Mts.,
Nachm. 2 Uhr anf.,

im Saale des Gastwirths **Ed. Janssen** zu **Neubremen**, Grenzstraße:

1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, mehrere Bettstellen mit und ohne Matratzen, ½ Dtzd. Stühle, mehrere Sophatische, □-Tische, große und kleine Spiegel, Herren-Anzüge, Konfirmanden- u. Kinder-Anzüge, Buckskin- und Arbeitshosen, schwarze und farbige Kleiderstoffe, mehrere neue ein- und zweischläf. Betten, Bettinletts, Damen-Röcke, Schuhwaaren, weiße und creme Tüllgardinen, mehrere Teppiche usw.

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkauft werden.

Neuende, den 3. Februar 1902.

H. Gerdes,
Auktionator.

Immobil-Verkauf.

Herr **C. W. Trauschel** hierselbst beabsichtigt, anderweit. Unternehmungen halber die ihm gehörigen, hier **Karlstraße 6 und 6a** belegenen

zwei Wohnhäuser

zum Antritt auf den 1. Mai d. J. oder nach Belieben des Käufers zu verkaufen.

Die Häuser bringen einen hohen Mietherertrag. Feste Hypotheken vorhanden. Die Anzahlung ist niedrig bemessen.

Das Hinterhaus eignet sich auch vorzüglich als Werkstatt für einen Schmied oder Tischler.

Auskunft wird bereitwilligst und unentgeltlich ertheilt.

Heppens, den 30. Januar 1902.

H. P. Harms,
Auktionator.

Gartenland

neu eingerichtet, bei **Irpsdorf**. Noch verschiedene **Aecker** abzugeben.

A. Abels, Heppens.

Mittwoch den 1. Januar 1902

Allerbeste Rasseschweine
(große und kleine)
zum Weiterfüttern halte stets z. Verkauf.

J. Hillmers, Neuende.

Aufforderung.

Fordere hierdurch meinen Ehemann **Heinrich Heyen**, der mich böswillig verlassen hat, auf, binnen 48 Stunden zu mir zurückzukehren, widrigenfalls ich Ehescheidung beantragen werde.

Lena Heyen, geb. Harms,
Rüstersiel, am Deich.

Verband der Barbiere u. Friseure.

Sonntag den 9. Februar cr.:

Großes Tanzkränzchen in der „Arche" zu Bant.

Tanzabonnement 1 Mk., Einzeltanz 10 Pf., Entree 30 Pf., wofür Getränke, Anfang 4½ Uhr.

Zum Schluß: Gratisverloosung einer eleganten Herren-Remontoir-Uhr.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Photographisches Atelier Aug. Iwersen

Wilhelmshaven, Marktstr. 34,

Stadttheil Elsaß, Eing. Bahnhofstr., gegenüber dem Bahnhofshotel. Größtes und modernstes Atelier am Platze. — Saubere Arbeit.

Spezialität: Große Vereinsgruppen im Atelier.

Drucksachen aller Art

in geschmackvoller Ausführung liefert schnell und billig

Buchdruckerei von Paul Hug & Co.

Gesucht eine Stundenfrau

für einige Vormittags- und event. auch Nachmittagsstunden auf sofort.
Neue Wilh. Straße 56, 1 Tr.

Von **Hauptkollektur** in **Mainz**

noch Unterabnehmer

für **Hessische Loose** zu **coulantesten Bedingungen**

gesucht.

Gefl. Offerte unter **F. N. P. 493** an **Rudolf Mosse**, Frankfurt a. M.

Gesucht

junge Mädchen, die das Schneidern erlernen wollen.
Frau **A. Ziegner**, N. Wilh. Str. 36.

Gesucht

Stundenmädchen oder **Frau** für den Vormittag auf sofort.
Kanalweg 7—8.

Zu vermiethen

auf sofort oder später eine kleine unmöblirte Stube mit Kocheinricht., Mon. 4 Mk. **Heeren**, Friederikenstr. 3.

Zu vermiethen

auf sofort oder später eine vierräumige Mansarden-Wohnung.
Wilh. Bremer, Berl. Peterstr. 33.

Das Produktengeschäft von

G. Fischer

Grenzstraße 31

empfiehlt sich zum Ankauf von Lumpen, Knochen, Fellen und Metallen zu höchsten Preisen. Bestellungen erbeten.

Bürger-Verein Bant.

Donnerstag den 6. Febr.,
Abends 8½ Uhr:

Versammlung

im Lokale des Herrn **Brinkmann** (Brumunds Nachf.).

— Tagesordnung: —

1. Hebung und Aufnahmen.
2. Kommunale Angelegenheiten
3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Freiw. Feuerwehr Bant.

Erster Zug.

Donnerstag den 6. Februar,
Abends 8 Uhr:

Uebung i. M.

Der Zugführer.

Vorläufige Anzeige.

Der Masken-Ball

des Maler-Gesangsvereins **Flora** findet am

Sonnabend den 22. Febr.
in der **Kaiserkrone** statt.

Ein schönes Schenkzelt

mit allem Zubehör unter Preis zu **verkaufen.** Auskunft ertheilt **Carl Mehe**, Varel, Schulstr.

Todes-Anzeige.

Dienstag Abend um 10½ Uhr starb plötzlich und unerwartet unsere liebe kleine Tochter

Johanne Gesine

im zarten Alter von 7 Wochen, 6 Tagen, was wir allen Freunden und Bekannten tiefbetrübten Herzens zur Anzeige bringen. Um stille Theilnahme bitten die trauernden Eltern **H. Wiensen u. Frau**, geb. Hinrichs.

Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Banter Weg 10, aus statt.

Todes-Anzeige.

Am 3. Febr., Abends 5½ Uhr, starb nach kurzer heftiger Krankheit unsere liebe kleine Tochter

Anna Elisabeth

im Alter von kaum 3 Wochen, was wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten tiefbetrübt zur Anzeige bringen.

Kl.-Ostern, 5. Februar 1902.

A. Hapke und Frau,
Marie, geb. Martens.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 6. Febr., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 3½ Uhr entschlief kurz und unerwartet unser liebes kleines Töchterchen u. Schwesterchen

Hertha

im zarten Alter von 3 Monaten, was wir hiermit unseren Freunden und Bekannten tiefbetrübt zur Anzeige bringen.

Heppens, den 5. Febr. 1902.

Robert Dick nebst Frau und Kindern.

Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Tonndeichstr. 15, aus statt.

Im Total-Ausverkauf des Johannes Müller'schen Waarenlagers

bleibt das Geschäft, um Zeit zu einer einheitlichen Zurücksetzung der Preise und übersichtlichen Neuordnung der Läger zu gewinnen, **bis auf Weiteres geschlossen.**

Die Wiedereröffnung des Ausverkaufs wird spätestens am Montag den 10. Februar erfolgen und an dieser Stelle bekannt gemacht werden.

Verantwortlicher Redakteur: K. H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in Bant. Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage zum „Norddeutschen Volksblatt“

Nr. 31. Bant, Donnerstag den 6. Februar 1902. 16. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

133. Sitzung vom 3. Februar 1902.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Gesundheitsamt“.

Abg. Müller-Meiningen (Frs. Vp.): Die chikanösen Polizeiverordnungen gegenüber der Presse in Bezug auf die sog. Geheimmittel bedeuten ein wahres Labyrinth für die Presse. Der Redakteur weiß meist gar nicht, weshalb er bestraft wird, weil der Begriff „Geheimmittel“ gar nicht festgelegt ist. Die Verordnungen darüber sind so komplizirt, daß jeder Redakteur sich einen Thier-, einen Menschenarzt und einen Chemiker halten müßte, um eine Bestrafung zu verhüten. Gerade hier hängt man meist die Kleinen und läßt die Großen laufen. So wird nichts gegen das Voltakreuz und gegen die sog. christliche Wissenschaft der Miß Eddy gethan. Hier müßte das Reichsgesundheitsamt einschreiten.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frs. Vp.): Gegen das Gesundbeten ist behördliches Einschreiten dringend erwünscht, da selbst Schwerkranke sich durch diesen Kultus verführen lassen. — Im Krankenhaus in Gr.-Lichterfelde, das unter Leitung des Professors Schwenninger steht, ist die Zahl der Sterbefälle an Diphtheritis größer als in den Berliner Krankenhäusern. Das liegt daran, daß dort die Behandlung mit Heilserum grundsätzlich vermieden wird. Da nun Kranke auch zwangsweise dorthin gebracht werden können, muß das Reich diesen Zuständen sein Augenmerk zuwenden. Auch muß das Reich im Interesse der Bekämpfung der Thierseuchen die Thierärzte pekuniär so stellen, daß sie nicht auf Privatpraxis angewiesen sind.

Abg. Stöcker (Kons.): Gegen die erwähnten christlichen Wissenschaften sollte man so vorgehen, wie in Amerika, wo man Besitzer solcher Anstalten, in denen Kranke an dieser Behandlung gestorben sind, schwer bestraft. Das Gesundbeten liegt in der Neigung unserer Zeit, am Uebernatürlichen; ebenso ist es ja mit dem Spiritismus, der so oft zum Betruge ausgebeutet wird. Die Mißstände, die Abg. Antrick hier vorgebracht hat, könnte man eher „Unglücksfälle“ nennen, sie kommen überall vor. Die Zustände im Elisabethkrankenhaus in Berlin haben mit der Frömmigkeit gar nichts zu thun. In zwei Broschüren wird den sog. „freien Schwestern“ der Vorwurf gemacht, daß bei der Behandlung männlicher Kranke Dinge geschehen, die man schamlos nennen muß. Ich selbst kenne einen Fall, der das bestätigt. Hier muß durch Ausbildung männlichen Pflegepersonals Wandel geschaffen werden.

Hanseatischer Bundesbevollmächtigter Senator Dr. Klügmann: Die Broschüre, die der Herr Vorredner meinte, bezieht sich auf die Hamburger Krankenhäuser. Die Anschuldigungen sind aber unberechtigt, die Broschüren sind lediglich ein Agitationsmaterial im Interesse der männlichen Krankenpfleger. Unregelmäßigkeiten kommen in jedem größeren Betriebe vor, die Kranken selbst beschweren sich gar nicht gegen die Pflegerinnen.

Abg. Antrick (Soz.): Die Ursache der Mißstände in den Krankenhäusern liegt in erster Linie in der miserablen Bezahlung und der schlechten Behandlung des Pflegepersonals. Welchen sittlichen Gefahren 16–17jährige Mädchen auf Männerstationen ausgesetzt sind, brauche ich wohl nicht auseinanderzusetzen. Auch daß meist nicht der Arzt, sondern die Oberin das Regiment führt, spricht gegen die ausschließliche Schwesternpflege. In Gr.-Lichterfelde sind die Schwestern in einen Generalstreik getreten und haben die Kranken einfach liegen lassen. Staat und Gemeinde haben für eine gute Ausbildung der Pfleger zu sorgen und ihnen Pensionsrecht zuzuerkennen. In der Berliner Charitee hat ein Pfleger sieben Jahre gedient und bekam dann, als er wegen Erblindung entlassen wurde, sieben Mark Pension. Er bat mich, diesen Fall hier nicht zur Sprache zu bringen, aus Angst, man würde ihm seine Pension entziehen. Ich beruhigte ihn aber und sagte ihm, wenn auch der preußische Staat schon sehr schäbig ist, so schäbig ist er doch nicht. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einen Bundesstaat nicht als schäbig bezeichnen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Antrick (fortfahrend): Im Elisabeth-Kinderhospital sind viele Geschlechtskranke aufgenommen worden, denn sonst würden nicht so viele Gonorrhoeerkrankungen vorgekommen sein. Trotzdem ich meine Anklagen gegen das Moabiter Krankenhaus mit vielen Thatsachen belegt habe, wirft mir die „National-Zeitung“ vor, ich hätte viele unwahre Thatsachen mitgetheilt, nachdem in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung festgestellt sei, daß meine Behauptungen vor zwei Jahren unrichtig seien. Damals habe ich aber nur meine eigenen Erlebnisse erzählt. Herr Stadtrath Straßmann hält meiner Behauptung, daß die Wärter oft 21 Mk. bekommen, eine Liste entgegen, daß sie mindestens 23 Mk. erhalten. Redner verliest demgegenüber die Namen einiger Wärter, die 20–21 Mk. erhalten haben. Ebenso richtig ist meine Behauptung, daß die Zahl der Wärter zu gering sei und es an gelernten Wärtern fehle. Auch habe ich Zeugen dafür, daß die Desinfektionsapparate wochenlang nicht gereinigt werden und daß 30 Personen in einer Wanne gebadet werden. Herr Straßmann hat behauptet, es gäbe keine syphilitischen Wärter in Moabit; ich stelle eine ganze Reihe von Wärtern zur Verfügung, die Syphiliskranke waren, trotzdem hatte Herr Straßmann — die Unverschämtheit, hätte ich bald gesagt — die Stirn, zu behaupten, ich hätte die Tribüne des Reichstags zu unwahren Behauptungen gemißbraucht. Ich halte auch meine Behauptung aufrecht, daß Kranke beim Essen bedient haben und daß das Essen sehr schlecht sei. Herr Straßmann hat ein Menu verlesen und betont, einen Abend gäbe es sogar Frikassee. Die Ueberreste von allem Fleisch werden in einen Topf gethan, eine Sauce darüber gegossen und das Frikassee ist fertig. Diese Speise wird noch jetzt Frikassee à la Straßmann genannt. (Heiterkeit.) — Herr Straßmann hat eine Lohnliste vorgelegt, nach der Wärter 27 bis 78 Mk. Gehalt bekommen, während nach meiner Feststellung der höchste Lohn 55 Mk. beträgt. Herr Straßmann führt aber Personen an, die mit der Krankenpflege nichts zu thun haben. Schließlich muß ich noch einen Kontrakt vorlegen, der es erklärt, daß kein anständiger Mensch mehr Wärter werden will. Dort heißt es u. A.: ... ich räume dem leitenden Verwaltungsbeamten das Recht zu meiner sofortigen Entlassung ohne Angabe von Gründen ein. Außerdem unterwerfe ich mich den Bestimmungen der für Preußen bestehenden Gesindeordnung ausdrücklich. Ist das nicht ein Skandal, daß die Freisinnigen, die öffentlich immer gegen die Gesindeordnung eintreten, einen solchen Kontrakt verlangen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sorgen Sie, daß in diesem Augiasstall ausgemistet wird, und dann werden Sie bessere Verhältnisse schaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Franken (Natl.): Wenn der Abg. Antrick sagte, die Krankenpfleger würden nicht genügend bezahlt, so erwidere ich ihm, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung überhaupt nicht zu bezahlen sind. — Redner vertheidigt im weiteren Laufe seiner Rede die westfälischen Zechenbesitzer gegen den Vorwurf des Abg. Sachse, es geschehe auf ihren Zechen nichts, um die Wurmkrankheit zu bekämpfen, und fordert gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Branntweinpest.

Abg. Singer (Soz.): Es ist tief beschämend, daß in der Stadtverwaltung Berlins Dinge vorkommen, wie sie der Abg. Antrick hier vorgebracht hat. Derartige Zustände bestehen ja nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten, und das Reichsgesundheitsamt hätte deshalb die Pflicht, in dieser Sache das Wort zu ergreifen, um so mehr, als im vorigen Jahre gesagt wurde, es solle eine Revision des Moabiter Krankenhauses stattfinden. Wie ist denn das Ergebniß dieser Revision? Die Schuld an diesen Mißständen trifft auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung, deren Mehrheit noch nie einen sozialdemokratischen Stadtverordneten in die Krankenhaus-Deputation hineingewählt hat. (Hört! hört! bei den Soz.) Erst in diesem Jahre haben die Berliner Stadtverordneten einen Sozialdemokraten in die Krankenhaus-Deputation gewählt. Das allerschlimmste an diesen tiefbedauerlichen Zuständen ist, daß die Schuld nicht an einzelnen Personen, sondern an dem ganzen System liegt, daran, daß man sich nicht entschließen kann, genügend bezahltes Personal anzustellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sehr groß ist der Andrang von Assistenten und Volontären zu den Krankenhäusern. Diese Herren betrachten ihre Thätigkeit dort als eine Schule für ihre spätere Privatpraxis. Der leitende Aufsichtsarzt kann sich heute gar nicht um alles kümmern, wie das seine Pflicht wäre. Diese Herren, oft Autoritäten ersten Ranges, begnügen sich mit einer Generalvisite in Begleitung der behandelnden Aerzte. Hier sollte man nicht sparen, und wenn man keinen Chefarzt für 8000 Mk. bekommt, so sollte man einen für 15 000 oder 20 000 Mk. anstellen, der dann seine ganze Thätigkeit dem Krankenhause widmen kann. Wenn diese Diskussion den Erfolg hat, die Verhältnisse auf diesem Gebiet zu bessern, würde sich Niemand mehr freuen als wir Sozialdemokraten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf Grund der im vorigen Jahre hier vorgebrachten Beschwerden habe ich Veranlassung genommen, eingehende Revisionen zu veranstalten. Es liegt mir auch hier eine Verfügung der Anhalt-Dessauischen Regierung vor. Die Ermittelungen haben ergeben, daß in Preußen, soweit die Charitee und die Universitätskliniken in Frage kommen, Vorwürfe zu Unrecht erhoben worden sind, und daß dagegen, soweit Krankenhäuser in Altona, Görlitz und Königsberg in Frage kommen, die Vorwürfe theilweise berechtigt waren. Was den traurigen Fall im Elisabeth-Kinderhospital anlangt, so ist die Thatsache richtig. Es ist eine Untersuchung eingeleitet und Herr Medizinalrath Dr. Koch hinzugezogen worden, um zu ermitteln, wie ein solcher Fall möglich war. Die Schuld liegt vermuthlich an der Unsauberkeit des Pflegepersonals. Wir alle wissen, daß auf dem Gebiete der Krankenhauspflege große Mängel vorhanden sind und da noch viel zu leisten ist. In der Hauptsache ist das ganze Gebiet aber Landessache und es ist schwer, in diesem hohen Hause Rede und Antwort zu stehen, wenn man für die laufende Verwaltung nicht verantwortlich ist. In einem Falle betrifft die Beschwerde des Abg. Antrick Reichsgebiet: es war die Mittheilung, daß in einem Berliner Institut nicht mit der nöthigen Sorgfalt verfahren wird. Sie können sich darauf verlassen, daß ich dieser Frage sehr ernst nachgehen werde. Noch einen Gesichtspunkt möchte ich hervorheben. Sie wissen, welcher Widerwille in großen Bevölkerungskreisen gegen öffentliche Krankenhäuser besteht. Sie werden aber mir zugestehen, daß die große Masse der Bevölkerung in den Krankenhäusern viel besser aufgehoben ist als in der eigenen Behausung. (Sehr richtig!) Wenn die vom Abg. Antrick angeführten Fälle wahr sind, so sind sie erschütternd. Es kann sich dann aber nur um Ausnahmen handeln. Die deutsche Krankenhauspflege steht auf einem sehr hohen Niveau. Die deutsche ärztliche Wissenschaft marschirt an der Spitze. Ueber die erwähnte christian science will ich mich vorsichtig äußern. Ich habe gewiß keine Sympathie dafür. Aber in solchen mehr psychologischen Dingen ist oft mit hochgebildeten Personen nicht zu reden. Ich kenne selbst einen Mann, der mir erklärt hat, er habe selbst gesehen, wie es plötzlich Blumen von der Decke geregnet habe. Dagegen giebts keinen Kampf. (Heiterkeit.) Was nun die Resolution zum Irrenwesen anlangt, so können Sie diese annehmen oder Kautelen festsetzen, wie Sie wollen. Sie werden Fälle, z. B. daß eine falsche Diagnose festgestellt wird, usw. nicht beseitigen können. Dem Abg. Müller-Meiningen möchte ich erwidern, daß als Geheimmittel nur offenbare schädliche oder zu betrügerischen Zwecken fabrizirte Mittel angesehen werden. (Bravo!)

Abg. Graf Oriola (Natl.): Ich bin recht froh, daß die Regierung sich nun endlich entschlossen hat, dem Abg. Antrick zu antworten. Wir haben vollkommen Recht, solche Beschwerden beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ zur Sprache zu bringen. Nothwendig ist, daß die Einzelregierungen energische Untersuchungen anstellen. Herr Antrick hat gewiß in gutem Glauben seine Anklagen erhoben, aber ehe nicht eine regelmäßige Untersuchung stattgefunden hat, kann man seine Klagen nicht als sicher begründet halten. Unsere Krankenpflegerinnen müssen vor schamlosen Handreichungen bewahrt bleiben; dazu muß männliches Personal vorhanden sein. Gegen das Mißtrauen, das in der Bevölkerung gegen die Krankenhäuser besteht, ist das beste Mittel, auf Abhilfe der herrschenden Mißstände zu dringen. (Bravo bei den Natl.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die Bundesrathsverordnung über den Betrieb der Roßhaarspinnereien giebt mir Anlaß, den Kampf gegen die Milzbrandgefahr zu besprechen. Die Klagen der Arbeiterschaft richten sich gegen die Halbheit der durch die Verordnung vom 28. Januar 1899 getroffenen Bestimmungen. Im § 2 werden den Unternehmern zwei Desinfektionsverfahren zur beliebigen Verwendung überlassen, aber nur das Verfahren mit strömendem Dampfe giebt Sicherheit. Die Unternehmer behaupten nun, unter diesem Verfahren litte das Material. Zwei Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt haben die Unrichtigkeit dieser Klagen ergeben. In der Desinfektion werden aber meist zu hoch gespannte Dämpfe verwendet, oder die Einrichtung ist technisch mangelhaft. Die Frage, ob dieses Verfahren obligatorisch einzuführen sei, ist also als gelöst zu betrachten, und es wäre gut, die zweite Desinfektionsart den Unternehmern zu nehmen. Graf Posadowsky verwies mich im vorigen Jahre auf 120a der Gewerbeordnung, nach dem Arbeiterschutzvorschriften nur soweit geltend gemacht werden dürfen, als die Natur des Betriebes es gestattet. Der Ausdruck „Natur des Betriebes“ darf nicht so ausgelegt werden, daß er bedeutet: „soweit es der Profit der Unternehmer gestattet“. (Sehr gut! bei den Soz.) Nach einem gewissen Durchschnittsbetriebe muß die Forderung bemessen werden. Klage wird auch über die zu geringe Ausdehnung der Desinfektionsvorschriften geführt. Die Verordnung beschränkt sich auf ausländisches Material und läßt noch Ausnahmen zu. So sind Ziegenhaare ausgenommen, im Jahre 1901 sind aber in Nürnberg zwei Fälle von Uebertragung von Milzbrand durch Ziegenhaare vorgekommen. In Nürnberg hat sich eine Arbeiterkommission gegen den Milzbrand gebildet, die zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß sämmtliches aus- und inländisches Ziegenhaarmaterial desinfizirt werden muß. Sie hat auch beim Magistrat eine dahingehende Verordnung erzielt. Auch die Forderung der Desinfektion inländischen Materials müssen wir kategorisch aufstellen. Die Behörden dürfen sich nicht so rückständig zeigen, wie die sächsische Regierung. Den Namen des sächsischen Beamten, der mir sagte, er würde auch noch Sozialdemokrat werden, werde ich Herrn Fischer nicht nennen. Ich will nur sagen, daß Herr Fischer dieser Beamte von sozialpolitischer Einsicht nicht gewesen ist. (Heiterkeit.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Köhler: Die Forderung, sämmtliches inländisches Material zu desinfiziren, geht etwas zu weit. Auch der strömende Wasserdampf garantirt nicht in allen Fällen die Abtödtung der Milzbrandbakterien.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (Wildlib.): Das einzige Mittel, die Mißstände in den Krankenhäusern zu verbessern, ist, daß wir sie hier zur Sprache bringen. Ein erfreulicher Erfolg unserer Debatten ist schon erreicht, der Durchschnittslohn für das Wärterpersonal in der königl. Charitee ist erhöht worden. Im Vergleich zum Ausland sind unsere Krankenhäuser aber die besten der Welt.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Dr. Fischer: Herr Südekum hat mir unlängst Mangel an sozialpolitischem Verständniß vorgeworfen. Ich kann ihm nur erwidern: Du kennst mein Herz noch lange nicht. (Heiterkeit rechts.) Man kann wohl einzelne Mißstände zugeben, ohne deswegen Sozialdemokrat zu sein.

Abg. Wurm (Soz.): Die Desinfizirung auch des inländischen Materials ist dringend geboten. Es kommen Fälle vor, in denen trotz sorgfältigster Desinfizirung des ausländischen Materials Erkrankungen an Milzbrand zu verzeichnen sind. — Sehr gesundheitsschädlich ist auch die Thätigkeit der Tapezierer, die oft bis an den Hals im Roßhaar stecken und sehr unter der Staubentwickelung leiden. Auch hier ist Abhilfe dringend geboten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Hermes (Frs. Vp.): Ich zweifle nicht, daß der Berliner Magistrat Herrn Antrick die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Der Reichstag hat an diesen Details kein Interesse. Der Herr Präsident sieht mich an, er scheint auch der Meinung zu sein, daß diese Angelegenheit nicht hierher gehört. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Folgen Sie dieser Meinung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hermes (fortfahrend): Solche Angriffe haben die Gefahr, daß sie das Vertrauen der Bevölkerung zu unseren Krankenhäusern erschüttern.

Abg. Gröber (Zentr.) meint, die Ausführungen Antricks rechtfertigten ebenfalls, daß man die Verhältnisse in den Berliner Krankenhäusern genau prüfe, und es sei auch durchaus richtig, daß diese Dinge hier zur Sprache gebracht würden. Er befürwortet die Beseitigung aller Fesseln, die noch immer die katholischen Krankenpflegeorden hinderten.

Abg. Peus (Soz.) fordert für die Krankenpfleger solche Bezahlung, daß sie gezwungen werden könnten, auf Privatpraxis zu verzichten. Religiöse Pflege schütze nicht gegen Mißstände. Er erinnere da nur an den Alexianerbruder Heinrich. (Heiterkeit links.)

Das Kapitel wird genehmigt und die Resolution Lenzmann betr. Irrenanstalten angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Gewerkschaftliches.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker tagte in Berlin vom 31. v. Mts. bis 3. Febr. Am Sonnabend fand eine Beschlußfassung über

---

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

(76. Fortsetzung.) — Nachdruck verboten.

Herr Kahn schlug mit der Hand auf die Zeitung, die er vor sich hatte und wandte sich an Rougon:

„Haben Sie denn das gelesen? . . . Im Leitartikel werden die niedrigsten Leidenschaften aufgestachelt. Hören Sie bloß mal folgenden Satz: Die strafende Hand muß schuldlos sein, denn wenn die Justiz sich unversehens irrt, dann löst sich das Band der Gesellschaft von selbst auf. — Verstehen Sie, wie das gemeint ist? . . . Na und erst das Vermischte. Da finde ich eine Notiz darin, wonach der Sohn eines Getreidehändlers eine Gräfin entführt hat. Solche Anekdoten sollten nicht durchgelassen werden. Das vernichtet ja den Respekt des Volkes vor den oberen Klassen.“

Herr d'Escorailles mischte sich ein:

„Das Feuilleton ist noch viel schlimmer. Es handelt sich da um eine wohlerzogene Dame, die ihren Gatten betrügt. Nicht einmal Gewissensbisse läßt sie der Verfasser empfinden.“

Rougon machte eine Gebärde schrecklichen Zornes.

„Ja, ja“, rief er, „ich bin auf die Nummer schon aufmerksam gemacht worden. Sie müssen ja sehen, daß ich die Stellen mit Rothstift angestrichen habe. . . . Und daß ist nun eine Zeitung, die auf unserer Seite steht! Jede Zeile darin muß ich sorgfältig prüfen. Oh! Selbst der Beste unter den Zeitungsschreibern taugt nichts; allen sollten die Hälse abgeschnitten werden!“

Er kniff die Lippen zusammen und setzte leiser hinzu:

„Ich habe nach dem Chefredakteur geschickt und erwartete ihn.“

Der Oberst hatte Herr Kahn die Zeitung aus der Hand genommen. Auch er entrüstete sich und gab dann das Blatt an Herrn Bejuin weiter, der nun auch ganz außer sich gerieth. Rougon hatte die Ellenbogen auf den Schreibtisch gestemmt, die Augenlider halb geschlossen und dachte nach.

„Da fällt mir ein“, sagte er und wandte sich an seinen Sekretär, „der arme Huguenin ist ja gestern gestorben. Da ist ja eine Inspektorstelle frei, und wir müssen einen ernennen.“

Die drei Freunde vor dem Kamin blickten rasch empor.

„Oh, es ist eine ganz bedeutungslose Stelle“, fuhr er fort. „Sechstausend Francs. Zu thun ist dabei freilich gar nichts.“

Doch er wurde durch das Oeffnen der Thür zu einem Nebenzimmer unterbrochen.

„Treten Sie nur ein! Treten Sie nur ein, Herr Bouchard!“ rief er. „Ich wollte Sie eben holen lassen.“

Herr Bouchard, der seit einer Woche Abtheilungschef war, brachte einen Auszug aus dem Aktenmaterial über die Bürgermeister und Präfekten, die um das Ritter- oder Offizierkreuz der Ehrenlegion nachsuchten. Rougon hatte fünfundzwanzig Kreuze für die Verdienstvollsten zur Verfügung. Er nahm die Arbeit in Empfang, prüfte die Namenliste und blätterte in den Akten. Unterdessen war Herr Bouchard an den Kamin herangetreten und reichte den Herren die Hand. Er lehnte sich an den Kamin und hob seine Rockschöße hoch, um seine Schenkel zu wärmen.

„Ein scheußliches Regenwetter! Wie?“ flüsterte er. „Der Frühling kommt diesmal spät.“

„Ein ganz verfluchtes Regenwetter!“ sagte der Oberst. „Die Gicht meldet sich schon wieder bei mir. Die ganze Nacht über habe ich Stechen im linken Fuße gehabt.“

Nach einer Pause fragte Herr Kahn:

„Wie geht's Ihrer Frau?“

„Danke sehr, recht gut“, erwiderte Herr Bouchard. „Sie wollte, glaub' ich, heute Vormittag herkommen.“

Wieder stockte das Gespräch. Rougon blätterte noch immer in den Papieren. Bei einem Namen machte er Halt.

„Isidore Gaudibert . . . Hat der nicht Gedichte gemacht?“

„Ja“, erwiderte Herr Bouchard. „Seit 1852 ist er Maire von Barbeville. Bei jedem freudigen Ereigniß, so bei der Hochzeit des Kaisers, bei der Niederkunft der Kaiserin, bei der Taufe des kaiserlichen Prinzen hat er Ihren Majestäten geschmackvolle Oden geschickt.“

Der Minister verzog verächtlich den Mund. Aber der Oberst versicherte die Oden gelesen zu haben; er finde sie geistreich. Er hob eine ganz besonders hervor, worin der Kaiser mit einem Feuerwerk verglichen war. Und ohne weiteren Uebergang begannen die Herren nun, wahrscheinlich zu ihrer persönlichen Befriedigung, den Kaiser über den grünen Klee zu loben. Jetzt war die ganze Bande mit Leidenschaft bonapartistisch. Die beiden Vettern, Herr Bouchard und der Oberst, hatten sich vollständig ausgesöhnt und warfen sich nun nicht mehr die Prinzen von Orleans und den Grafen von Chambord an den Kopf. Sie wetteiferten jetzt nur noch darin, wer den Souverän am besten loben könnte.

„Oh nein, der nicht!“ schrie Rougon plötzlich. „Der Jusselin ist eine Kreatur Marsys. Die Freunde meines Vorgängers brauche ich doch nicht zu belohnen.“

Und mit einem Federstrich, der das Papier aufriß, strich er den Namen von der Liste.

„Wir müssen jetzt nur einen Ersatzmann finden. Es ist ein Offizierkreuz.“

Die Herren rührten sich nicht; Herr d'Escorailles hatte trotz seiner großen Jugend das Ritterkreuz schon vor acht Tagen erhalten; Herr Kahn und Herr Bouchard waren schon Offiziere der Ehrenlegion, und der Oberst war eben endlich zum Kommandeur ernannt worden.

„Sehen wir mal, es handelt sich also um ein Offizierkreuz“, wiederholte Rougon und blätterte wieder in den Akten.

Plötzlich unterbrach er das Geschäft, als sei ihm mit einem Male etwas eingefallen.

„Sind Sie nicht irgendwo Maire, Herr Bejuin?“ fragte er.

Herr Bejuin begnügte sich damit, zweimal zu nicken. Herr Kahn mußte für ihn antworten.

„Gewiß, er ist Maire von St. Florent, der kleinen Gemeinde, wo sich seine Kristallwarenfabrik befindet.“

„Dann paßt es ja vortrefflich“, sagte der Minister und freute sich über die Gelegenheit, wieder einen der Seinen zu befördern. „Er ist ja richtig erst Ritter. . . . Sie bitten doch nie um etwas, Herr Bejuin. Immer muß ich erst an Sie denken.“

Herr Bejuin lächelte und bedankte sich. Er bat wirklich nie um etwas, aber er war immer da und wartete schweigend und bescheiden auf die Brosamen, die vom Tische fielen; die sammelte er dann auf.

„Leo Bejuin, nicht wahr? Kommt an die Stelle von Franz Jusselin“, sagte Rougon und vollzog dabei die Namensveränderung.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

die Lokalzuschlagsproteste seitens der Eingabe einer großen Anzahl von Druckorten statt. Beschlossen wurde, eine Abänderung da eintreten zu lassen, wo die Kreisämter (für den Kreis I in Hannover) die Prinzipale nicht geladen, ferner für die Orte, die über eine Lokalzuschlagserhöhung von mehr als 5 Proz. hinausgegangen, oder wo gegenüber anderen Orten mit gleichen Theuerungsverhältnissen die Festsetzungen als zu hohe erschienen. Bei formalen Bedenken wurden meistens die alten Lokalzuschläge von Neuem beschlossen. Die schleswig-holsteinischen Städte Kiel (20 Proz.), Neumünster (5 Proz.) und Pinneberg (5 Proz.) behielten ihre alten Zuschläge; der Flensburger Protest (12½ Proz.) war im letzten Augenblick zurückgezogen worden. Dagegen wurde der Lübecker Lokalzuschlag aus prinzipiellen Gründen von 12½ auf 10 Proz. herabgesetzt; ferner Bremerhaven-Geestemünde-Lehe von 15 auf 12½, Detmold von 5 auf 2½, Rostock von 10 auf 7½, Braunschweig von 15 auf 12½ Prozent. Koburg wurde zur Verständigung Herabsetzung von 5 auf 2½ Proz. für die nächsten 3 Jahre bewilligt (von beiden Parteien beantragt). Apolda, Weißenfels und Wittenberg (bisher kein Lokalzuschlag) wurden um 2½ Proz. (von 7½ auf 5) herabgesetzt, Köthen von 5 auf 2½, der Bernburger Lokalzuschlag (5 Proz.) ganz gestrichen, Mülhausen in Folge Antrages beider Parteien von 5 auf 2½ Proz. herabgesetzt, Gera erlitt eine Herabsetzung von 12½ auf 10 Proz., weil Magdeburg und Halle (Kreisvorort) auch nur 10 Proz. haben, was als unzulässig den Kreisämtern durch vorher gegebene Instruktion bekannt sein sollte. Zwickau reduzirte man von 7½ auf 5 Proz., Lüneburg von 5 auf 2½, Osnabrück von 5 auf 2½ Proz., Neustrelitz wurde auf Antrag beider Parteien der Lokalzuschlag von 5 Proz. wieder genommen, Oldenburg von 7½ auf 6½ Proz. reduzirt, Hildesheim von 5 auf 3 Proz. Wie bisher (7½ Proz.) blieben Naumburg und Eisenach, ferner Wolfenbüttel (2½ Proz.), dessen Prinzipale Streichung und dessen Gehilfen Erhöhung auf 5 Proz. beantragt hatten. Auf 5 Proz. blieben Dessau, Zeitz und Halberstadt. Das Minimum beläuft sich für 23 Jahre alte Gehilfen ohne Lokalzuschlag auf 22,50 Mk. Im Falle Oldenburg wird dasselbe von 24,20 Mk. auf 24 Mk. reduzirt. — Es ist dies der erste Fall, daß ein Tarifausschuß nach Inkrafttreten des Tarifes eine so bedeutende Anzahl von Druckorten im Preise herabsetzt. Befriedigung wird das in Gehilfenkreisen schwerlich hervorrufen. Die Lokalzuschläge sind vom 1. Januar d. J. ab nachzuzahlen.

Vermischtes.

Ein „schwerer" Diebstahl im wahren Sinne des Wortes ist mit verblüffender Dreistigkeit Nachts in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Perganda u. Garste zu Perleberg ausgeführt worden. Die Spitzbuben haben, nach Uebersteigung der Umwährungsmauer, zunächst eine Thür zum Geschäftsgebäude erbrochen, dann haben sie den 8 Zentner schweren eisernen Geldschrank nach Aufsprengung einer zweiten Thür auf Rollen nach dem Hof geschafft. Hierauf wurde aus der Remise, deren Thür zertrümmert worden ist, ein Wagen geholt und dieser mit dem Geldschrank beladen. Um damit ins Freie zu gelangen, mußte noch das Hofthor aufgebrochen werden. Auf freiem Felde ist schließlich der Geldschrank mit schweren Hämmern und anderen Sprengwerkzeugen, welche die Spitzbuben aus der Fabrik mitgenommen, in Stücke geschlagen worden. Mit dem Inhalt, baarem Gelde, ca. 1000 Mk., haben sie das Weite gesucht. An dem Verbrechen müssen 4 bis 5 Mann betheiligt gewesen sein.

Der staatsgefährliche Phonograph. Große Gefahr drohte dieser Tage der preußisch-deutschen Reichsherrlichkeit im Lande der „wiedergewonnenen Brüder". Ein fahrender Phonographenkünstler hatte sich in der Reichslandeshauptstadt Straßburg eingefunden, dessen Programm u. A. auch die verpönte Marseillaise aufwies. Der Mann ließ das unschuldige Ding ungestört einige Tage lang da und dort in den Wirthschaften los, ohne daß irgend ein Unglück passirt wäre. Endlich wurde die Hochwohllöbliche auf ihn aufmerksam und schloß dem Apparat den „staatsgefährlichen" Mund. Wohlgemerkt hatte dieser nicht etwa den revolutionären Text, sondern lediglich die herrliche Melodie des Liedes, die ja nach Ansicht Einiger eine alte Kirchenweise sein soll, zum Besten gegeben. Und trotzdem die Angst der Behörde!

Holz-Auktion.

Sonnabend den 8. d. Mts., Nachm. 2 Uhr auf.,

sollen die auf den Wällen des Kirchhofes in Bant geschlagenen **Bäume** theils als **Nutzholz**, theils als **Feuerholz** öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung verkauft werden. Kaufliebhaber werden eingeladen.

Der Kirchenrath.
J. V.: G. Graeborn.

Verkauf.

Der Pferdehändler **H. Freis** zu Neuende läßt am

Donnerstag den 6. Februar, Nachm. 2 Uhr auf.,

in und bei der Behausung des Gastwirths **J. Folkers** zu **Neuender-Mühlenreihe:**

20 beste russische

Doppel-Ponys

mehrere kräftige

Arbeitspferde,

50 bis 60 Stück

große und kleine

Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, den 30. Januar 1902.

H. Gerdes,
Auktionator.

Zu verkaufen

30 bis 40 große und kleine

Schweine

zu den billigsten Tagespreisen.

F. Wilken, Bant
Margarethenstraße 1.

Empfehle

Tischlerbretter

schöne trockene Waare in allen Dimensionen.

Georg Thaden,
Neubremen.
Telephon Nr. 373.

Starke dauerhafte Sohlen

in den verschiedensten Größen und Stärken aus allerbestem Leder erhält man sehr billig in der

Lederhandl. v. Heinr. Stegemann,
Marktstraße 29.
Verkaufsstelle: Kaufmann
Decker, Kopperhörn.

Großh. Hessische Landes-Lotterie.

Für den Vertrieb von **Loosen** der Hessischen Landes-Lotterie werden

tüchtige Wiederverkäufer

angenommen. Gefl. Offerten u. Angabe von Referenzen unter **F. M. L. 188** an **Rudolf Mosse, Oldenburg.**

G. Buddenbergs

Volksbuchhandlung

Theilenstr. 18, beim Friedrichshof

hält sich den löblichen Vereinen sowie einem geehrten Publikum bestens empfohlen.

Zum Waldfrieden, Bant.

Donnerstag den 6. Februar d. Js:

Erstes Abonnements-Konzert,

ausgeführt von der Kapelle der Kaiserl. 2. Matr.-Division.

Anfang 8 Uhr Abends.

Nach dem Konzert: BALL.

Die Abonnementsliste liegt noch aus. — Zu zahlreichem Besuch laden ergebenst ein

Joseph Koselowski. **F. Wöhlbier.**

Ich bin als Rechtsanwalt und Notar

bei dem Königlichen Amtsgericht Wilhelmshaven zugelassen und habe das Bureau des Herrn Rechtsanwalts und Notars **Dr. Balke,** Königstraße 33, übernommen.

Dr. Brunnemann.

Sämmtliche Mode-Journale

für Damen und Herren

sowie Fachschriften für jede Branche ferner sämmtliche Zeitschriften und Witzblätter liefert pünktlichst

Volksbuchhandlung von G. Buddenberg,
Theilenstraße 18, beim Friedrichshof.

Das Möbel-Lager von Hinrich Mammen, Börsenstr. 29

liefert nur wirklich gute dauerhafte

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren

zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Zu vermiethen

zum 1. März eine dreiräumige Etagenwohnung mit abgeschloss. Korridor.
J. Dierks, Bremer Straße 29.

Zu vermiethen

zum 1. Mai eine Wohnung mit Werkstätte und Lagerraum.
Borgwardt, Verl. Börsenstr. 38.

Empfehle:

Feinsten Pecco-Blüthenthee Pfd. 2 Mk.
Thee, offr. Mischung Pfd. 1,50 Mk.
Staubthee Pfd. 1 Mk.,
ferner meine ganz vorzüglichen Kaffees, Pfd. zu 80, 90, 100, 120, 140 Pf.
Besten entölten Cacao, Pfd. zu 1,20, 1,60, 2 und 2,40 Mk.
Hafercacao Pfd. 90 Pf.
Haferflocken Pfd. 18 Pf.
Knorrs Hafermehl Packet 23 Pf.
Hafergrütze Pfd. 15 Pf.
Buchweizenmehl Pfd. 15 Pf.
Hutzucker Pfd. 34 Pf.
Würfelzucker Pfd. 34 Pf.
Feinen Zucker Pfd. 32 Pf.
Maggi zum Nachfüllen in 70 Gramm-Flaschen 40 Pf.
Büchsenfleisch, Löwenmarke, im Aufschnitt, Pfund 1 Mk.

J. Herbermann

Neubremen.

Kartoffeln,

magnum bonum und blutroth, stets auf Lager.

Kohlenhändler C. Bruns,
Bant.

Bin Freitag Abend Alte Straße 21 mit **Rossfleisch** anwesend.
A. Gergull, Varel.

Das An- und Verkaufsgeschäft von

W. Jordan

4 Tondeich 4

empfiehlt sich zum An- und Verkauf von neuen und getragenen Kleidungsstücken, Möbeln, Betten, Fahrrädern, sowie Zubehörtheilen Nähmaschinen, Uhren, Gold- und Silbersachen 2c. 2c.

Sämmtliche

Gas-Reserve-Theile

— billig: —

Gasstrümpfe . à 30 Pf.
Doppelt gekühlte
Zylinder . . . à 20 Pf.
Brenner . . . . . à 75 Pf.
Kuppeln . . . . . à 60 Pf.
Bei Abnahme von Dtzd. und mehr, billiger.

J. Müller, Klempner
Neue Wilh. Str. 71.

Zu vermiethen

zum 1. Mai eine dreiräumige Unter- und eine vierräumige Oberwohnung.
Fuhrunternehmer **Gerh. Erdicks,** Sedan, Wiesenstraße 1.

Kartellkommission.

Zwecks Revision der **Kartellbeitragsbücher** werden die Kassirer der Gewerkschaften ersucht, die Bücher bis **Sonntag Mittag** in der Arche abzugeben.

Der Vorstand.

Mein Bureau

Neue Wilh. Straße 71
(beim Klempnermeister **J. Müller**)
ist täglich geöffnet. Jeden Sonntag Vormittag und Donnerstag Nachmittag bin ich persönlich anwesend.

Rechtsanwalt Carstens
aus Oldenburg.

Für Zahnleidende

bin ich an Wochentagen Nachm. von 1—8 Uhr, an Sonntagen Vorm. v. 8—9½ Uhr Vormittags u. v. 2—4 Uhr Nachm. zu sprechen.

A. Kruckenberg,
Marktstraße 30.

Schnäckels

Beerdigungs-Institut

Neue Wilh. Straße 11.

Größtes Sargmagazin am Platze. Liefert nur in eigener Werkstatt angefertigte **Särge,** sowie **sämmtliche Leichen-Bekleidungsgegenstände.**

Uebernahme ganzer Beerdigungen, auch nach auswärts.

Cigarren

in jeder Preislage empfiehlt

Georg Buddenberg

Buchhandlung und Buchbinderei
Theilenstraße 18, Ecke Mittscherlichstr.

Lederhandlung

Spezialität: Sohlen-Ausschnitt

sowie Lager sämmtlicher Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Emil Burgwitz,

Bismarckstraße 15 am Marktplatz.
Verkaufsstelle: **J. Reinen,** Kopperhörn.

Gesucht

eine zweiräumige Oberwohnung mit Wasserl. zum 1. April. Offerten unter **Z. K. 100** an die Filial-Exp. d. Bl., **G. Buddenberg,** erbeten.

Verantwortlicher Redakteur: K. H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg